

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug • Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreißtundsechzigstr. 5

68. Jahrgang

Berlin, den 4. Juni 1930

Nummer 45

Gewerkschaftliche Mahnung und Warnung!

Das sprunghafte Ansteigen der Arbeitslosigkeit, der verschärfte Angriff des Unternehmertums auf die Arbeitslosenversicherung, der auf allgemeinen Lohnabbau gerichtete Schiedspruch des Herrn Professor Dr. Brahn für die nordwestdeutsche Eisenindustrie und ähnliche Attentate der sogenannten Wirtschaftsführer auf Rechte und Lebenshaltung der deutschen Arbeiterschaft haben in den letzten Monaten und Wochen eine politische Situation geschaffen, die die größte Wachsamkeit der gesamten deutschen Arbeiterschaft erfordert. Die Führer der freien Gewerkschaften haben es daher für ihre Pflicht gehalten, die Reichsregierung und alle dem Volke verantwortlichen Kreise noch einmal und sehr wahrscheinlich auch zum letztenmal vor der weiteren Fortsetzung einer solchen Katastrophopolitik ernstlich zu warnen. Das geschah in einer großen gemeinsamen Kundgebung des Bundesauschusses des ADGB. und des IFA-Bundes am 30. Mai im Plenarsaal des vorläufigen Reichswirtschaftsrates in Berlin.

Die Kundgebung wurde von Graßmann, dem zweiten Vorsitzenden des ADGB., eröffnet. Er begrüßte den zur Kundgebung erschienenen Reichsarbeitsminister Stegerwald sowie die Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums und flüchtete mit einigen Strichen die gegenwärtige, vom Arbeitslosenproblem überschattete, gefährvolle Situation im Reich. Die Gewerkschaften aller Richtungen — betonte er — hätten rechtzeitig gewarnt und gefordert, das Übel bei der Wurzel zu packen. Leider sei die Warnung nicht beherzigt worden. Die Lage sei jetzt unheimlich. Bei Worten könne es nicht mehr bleiben. Es müsse jetzt der letzte Nerv angespannt werden, um den Gefahren zu begegnen. Es sei nicht die Absicht der Gewerkschaften, nur als Ankläger aufzutreten und uferlose Debatten zu entfesseln, sondern sie wollten einen Weg zur Lösung der Schwierigkeiten zeigen. Dieser Weg solle durch ein Referat Spliedts, „Für den Schutz der Arbeitskraft“, und einen Vortrag Eggerts, „Gegen wirtschaftliche Katastrophopolitik“, geschildert werden.

Franz Spliedt, Leiter der Sozialpolitischen Abteilung des ADGB., behandelte mit Eindringlichkeit und tiefer Sachkenntnis die Arbeitslosenfrage, die nach der neuen Verschärfung der Lage auf dem Arbeitsmarkt ein so ernstes Gesicht erhalten hat. Der Kampf der Unternehmer gegen den Arbeitslosenschutz, führte Spliedt aus, war von Anfang an auch ein Kampf gegen das Lohnniveau und nicht nur eine Folge der Schwierigkeiten der Reichsfinanzen. Wenn die Arbeitslosenversicherung infolge der neuen Steigerung der Arbeitslosigkeit mit einer Verschuldung gegenüber dem Reich von fast 800 Millionen heute in der Tat zu einer der schwersten Belastungen des Reichsetats geworden ist, so ist dafür weder eine falsche Konstruktion der Versicherung, noch ein unrationell arbeitender Verwaltungsapparat, noch ein ins Gewicht fallender Mißbrauch der Leistungen, sondern ausschließlich die furchtbare Arbeitslosigkeit verantwortlich. Die Lage ist so bedrohlich, daß die Presse wirklich allen Anlaß hätte, alle Zerfährungen der Öffentlichkeit zu unterlassen. Es ist unerhört, daß ein Teil der Blätter noch immer mit der Mißbrauchslgende die Öffentlichkeit gegen die Arbeitslosen aufzupumpfen versucht, und auf die Bitte um genaue und konkrete Angaben mit feigen Ausflüchten sich um die Antwort drückt. Neuerdings ist sogar ein Büro geschaffen worden, dessen Aufgabe es ist, verunglimpfende Artikel gegen die Sozialversicherung in die Presse zu lancieren. Das Büro erhält vertramtmäßig für jeden abgedruckten Heftartikel 10 RM. (Hört! Hört!) Keine Versicherungs-

anstalt wird so auf Herz und Nieren geprüft wie die Reichsanstalt. Nicht weniger als fünf Prüfungsstellen sind einschließlich des Sparkommissars und des Rechnungshofes damit beschäftigt, nachzuforschen, ob die Reichsanstalt sparsam arbeitet. Das Ziel der Angriffe gegen die Arbeitslosenversicherung ist die Zerstörung des Rechtsanspruches. Man will aus der Arbeitslosenunterstützung ein Almosen machen. Um die Verschuldung der Reichsanstalt zu senken, will man den Arbeitslosenschutz durch Kleinfischen und schändlichen Abbau aushöhlen. Dabei steht längst fest, daß keinerlei Reformen wesentliche finanzielle Entlastungen bringen könnten. Auch die Beschlüsse, die der Vorstand der Reichsanstalt gegen die Stimmen der maßgebenden Gewerkschaften gefaßt hat, können diesen Erfolg nicht haben. Ihre Ersparnis ist gering, aber die daraus entspringende berechtigte Empörung in der gesamten von ihnen betroffenen Arbeitnehmerschaft ist groß. Diese Lasten zu tragen, ist die vornehmste Pflicht des Staates, solange die Beseitigung der Arbeitslosigkeit durch Aufnahme der Arbeitsjuden in die Wirtschaft nicht gelingt. In dieser Notwendigkeit kann durch keinerlei Reform Wesentliches geändert werden; daher können auch keinerlei Reformen wesentliche finanzielle Entlastungen zur Folge haben. Auch die Beschlüsse, die der Vorstand der Reichsanstalt gefaßt hat, können diesen Erfolg nicht haben. Sie müssen aber anderseits gegenüber der verhältnismäßig geringen erhofften Ersparnis von etwa 100 Millionen Mark eine berechtigte Empörung in der gesamten, von ihnen betroffenen Arbeitnehmerschaft auslösen. Nicht auf dem Wege kleinlicher und schändlicher Beschränkungen der Leistungen, sondern nur auf dem Wege gesunder und auf lange Sicht angelegter Arbeitsmarktpolitik kann eine wirkliche Entlastung erzielt werden. Dagegen kann heute und wahrscheinlich auf absehbare Zeit hinaus auf eine umfassende Versorgung der Arbeitslosen, die insbesondere eine Ausdehnung der Krisenunterstützung auf alle Berufe und auf die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit in sich schließt, nicht verzichtet werden. Freig ist auch die Auffassung, daß die zur Durchführung der Arbeitslosenunterstützung notwendigen Mittel durch den Abbau sonstiger Sozialleistungen, insbesondere derer der Krankenversicherung, eingepart werden könnten. Ziel der auch von uns als notwendig anerkannten organisatorischen Reform der Krankenversicherung kann nur die gesteigerte Wirksamkeit und Leistungsfähigkeit dieser Versicherung, niemals aber die Beschränkung ihrer Leistungen sein. Mit dem Kampf um den Abbau der sozialen Leistungen verbinden sich, und zwar nicht zufällig, die Angriffe des Unternehmertums auf das Lohnniveau des deutschen Arbeiters. Niemals werden die Gewerkschaften anerkennen, daß eine weitere Verminderung der Massenkaufkraft gerade der deutschen, vornehmlich auf den Inlandsmarkt angewiesenen Wirtschaft einen gesunden Antriebs geben könnten. Der Kampf um die Sozialversicherung und der Kampf um den Lohn verfolgen beide das gleiche Ziel: Bei der Verteilung der inneren Lasten in Deutschland den Lebensstandard des deutschen Arbeiters zu senken. Demgegenüber erklären die Gewerkschaften rechtzeitig und deutlich in aller Öffentlichkeit, daß sie solchen Versuchen den feierlichen Protest und die ganze Widerstandskraft der deutschen Arbeiterschaft entgegenstellen werden.

In einem weiteren Referat wandte sich dann der Leiter der Wirtschaftspolitischen Abteilung des ADGB., W. Eggert, insbesondere gegen die wirtschaftliche Katastrophopolitik.

Er stellte zunächst fest, daß die Wirtschaftskrise mit der Massenarbeitslosigkeit, wie zur Zeit in den Vereinigten Staaten, in England, Deutschland und andern europäischen Staaten, nichts anderes ist als eine folgerichtige Begleiterscheinung des kapitalistischen Wirtschaftssystems, das nicht der Bedarfsdeckung, sondern nur dem Gewinnstreben dient. Trotzdem dürfe diese Erkenntnis aber nicht wie ein Naturereignis hingenommen werden, das automatisch abläuft und einer besseren Wirtschaftskonjunktur Platz macht. Wenn von der katastrophalen Wirtschaftslage gesprochen wird, so darf dieses Urteil nicht unbesehen hingenommen werden. Es ist ein Unterschied zu machen zwischen der Lage auf dem Arbeitsmarkt, die tatsächlich katastrophal ist, und der Entwicklung der Unternehmungen, die im Durchschnitt die gleichen Mengen produzieren wie in den Vorjahren und die gleichen Dividenden verteilen konnten. Während also die Arbeitskraft brach lag, ist bei den Unternehmungen nur eine Stodung eingetreten. Die Ursachen der augenblicklichen Krise sind die oft falschen Rationalisierungsmaßnahmen, die Zollpolitik, die Preispolitik der Kartelle und besonders die rücksichtslose Drosselung der Auslandskredite.

Die von den Unternehmern vorgeschlagene Lohnsenkung würde bedeuten, daß die Kaufkraft des Binnenmarktes, der mehr als vier Fünftel der deutschen Produktion aufnimmt, geschwächt würde. Wie kann man überhaupt von einer Senkung der Löhne in einem Augenblick sprechen, in dem die Regierung sich bemüht, die Lebensmittelpreise in die Höhe zu treiben? Die Gewerkschaften verlangen im Gegenteil Preisentfaltungen, um die verminderte Kaufkraft wieder anzuregen. Wenn diese Preisentfaltungen zu einer zeitweiligen Verringerung der Rentabilität führen, so ist das volkswirtschaftlich gerechtfertigt. In Notzeiten muß eben die Kapitalbildung hinter der Forderung nach Stärkung der Kaufkraft zurücktreten. Das fehlende Kapital ist vom Auslande hereinzuholen. Die dürftige Lebenshaltung der Erwerbslosen muß trotz der augenblicklichen Krise sichergestellt werden. Die Gewerkschaften haben schon vor Monaten ein Notopfer vom Besitz und Vermögen gefordert. Freilich schaffen Steuern keine neue Kaufkraft, aber sie lenken die Kaufkraft an die gefährlichsten Punkte und können daher, planmäßig angewendet, eine Wirtschaftsbefehung in die Wege leiten. Die Regierung hat die Pflicht, planmäßige Konjunkturpolitik zu treiben und insbesondere eine Stärkung des Baumarcktes zu erstreben. Der Redner schloß mit den Worten: „Her mit einem auskömmlichen Notopfer auf Besitz und Einkommen zur Sicherstellung der Erwerbslosenunterstützung! Her mit einem allgemeinen Preisabbau! Her mit einer vernünftigen Konjunkturpolitik der Auftragsbehörden! Die Not ist groß. Die Stunde mahnt. Alle Verantwortlichen mögen sich bewußt sein: Es geht ein Schrei durch das Volk: Verantwortliche, gebt Arbeit!“

Reichsarbeitsminister Stegerwald führte im Anschluß an diese beiden Referate u. a. folgendes aus: Ich sehe zwar manchen Vorgang anders als die beiden Redner, aber die Unterschiede der Schlussfolgerungen, die Gegensätze, sind trotzdem in Wirklichkeit gar nicht so fundamental. Wir befinden uns gegenwärtig in einer Weltwirtschaftskrise mit rund 10 Millionen Arbeitslosen in nur drei Weltstaaten (Vereinigte Staaten, England und Deutschland). Diese Krise ist in erster Linie auf große strukturelle Wandlungen zurückzuführen und nicht zuletzt auf eine viel zu große Produktionskapazität in Industrie wie Landwirtschaft. Die deutsche Landwirtschaft arbeitete in den letzten Jahren mit einer jährlichen Unterbilanz von

500 Millionen Mark. Dazu kommt noch, daß in Deutschland wohl kurzfristiges Geld auf dem Kapitalmarkt zu erhalten ist, aber damit kann keine gute Wirtschaftspolitik auf lange Dauer getrieben werden. In der Finanzpolitik der letzten Jahre sind große Fehler gemacht worden, weshalb zunächst Ordnung geschaffen werden muß. Im Augenblick, wo man aus dem Youngplan eine Entlastung erwartet habe, mußte festgestellt werden, daß das Reich mit rund 2 Milliarden neuer Belastung rechnen muß. Daraus ist ein starker wirtschaftlicher Pessimismus entstanden. Nicht richtig ist es ferner, zu sagen, daß es besser sei, für die Last von 2 Milliarden Arbeitslosenunterstützung Arbeit zu schaffen. Denn dazu sind nicht nur 2, sondern 6 Milliarden Mark erforderlich; diese kann bei der gegenwärtigen Inanspruchnahme des internationalen Kapitalmarktes aber keine Regierung schaffen. Deutsches Kapital selbst soll zwar im Ausland in Höhe von etwa 8 Milliarden Mark angelegt sein; aber mit Zwang bekommen wir die nicht zurück. Während schon früher niedere Gemeindeverwaltungen zur Anziehung von deutschen Kapitalisten beigetragen haben, geschieht das heute durch das Ausland, durch die Schweiz, Holland, Schweden usw., die alle viel geringere Steuerbelastungen haben als Deutschland. In der Schweiz z. B. ist ein Kapital von 100 000 M. nur mit 3000 M. Steuer belastet, in Deutschland dagegen mit 30 000 M. Durch Steuern sind daher in Deutschland neue Milliarden nicht aufzubringen. Die öffentlich-rechtlichen Ausgaben belaufen sich in Deutschland in den letzten Jahren auf 25 Milliarden Mark, das ist mehr als ein Drittel des Volkseinkommens von insgesamt 70 Milliarden. Von diesen 70 Milliarden entfallen allein auf Lohn und Gehalt 46 Milliarden, davon auf Arbeiter und Angestellte, die sozialversicherungspflichtig sind, 33 bis 34 Milliarden. Wir geben im laufenden Jahre aus für Sozialversicherung einschließlich Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenfürsorge 6,5 Milliarden, für Wohlfahrtspflege mindestens 1,5 Milliarden, für Kriegsbefähigte 1,4 Milliarden, an Beamtenpensionen 1,9 Milliarden, Reparationen 2 Milliarden, an höheren Zinsen, die die deutsche Wirtschaft im Vergleich zu anderen Ländern aufbringen muß, 2 Milliarden. Das macht für diese sechs Posten allein über 15 Milliarden Mark oder gut 20 Proz. des deutschen Volkseinkommens, oder mehr als 30 Proz. der Löhne und Gehälter, die in Deutschland gezahlt werden, oder etwa 44 Proz. des Lohnes und Gehalts, das die Arbeiter und Angestellten beziehen, die sozialversicherungspflichtig sind. Aus einer Wirtschaft können nicht beliebig Ausgaben herausgepreßt werden, wenn noch etwas übrig bleiben soll für die Lohn- und Gehaltsquote. In der Sozialversicherung, besonders in der Kranken- und Invalidenversicherung, kann nicht viel gespart werden, höchstens bei den Ausgaben für Ärzte und Apotheken. Die Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge erfordert jährlich allein 2 Milliarden Mark. Während man sich vor wenigen Wochen noch um 1/2 Prozent Beitragserhöhung gestritten hat und daran sogar die damalige Regierungskoalition gescheitert ist, muß man sich heute schon mit der doppelten Erhöhung vertraut machen. Eine Sanierung der Arbeitslosenversicherung durch Artikel 48 der Reichsverfassung ist unzumutbar, und eine Reichs-

tagsauflösung würde die Sanierung bis in den Herbst verschieben. Inzwischen würde aber alles zusammenbrechen. Eine Mehrheit im jetzigen Reichstag für die Lösung der Arbeitslosenversicherungsfrage im Sinne der freien Gewerkschaften ist aber gar nicht vorhanden. Es bleibt daher nur eine Lösung durch befristete Beitragserschöpfung um ein Prozent, wobei jedoch gewisse Reformen inbegriffen sind. Für ein Notopfer trete er ebenfalls ein, über diesbezügliche Modalitäten werden sich schon eine Einigung erzielen lassen. Typisch für Stegerwald und die von ihm als Reichsarbeitsminister und Zentrumsabgeordneter zu vertretende Sozialpolitik war ein ausgeprägter Zweifel über den Unterschied zwischen Reform und Abbau. Eine Reform nur zum Zweck verbesserter Laufbahn scheint sich der jetzige Reichsarbeitsminister demnach kaum noch vorstellen zu können.

In der **Ausprache** gab **Croner** vom **NSDAP** Bund nach einer kurzen kritischen Beleuchtung der Erbschaftssteuerforderung der bürgerlichen Angestelltenverbände das Ergebnis ab, daß die freien Angestellten den Kampf um die Arbeitslosenversicherung Schulter an Schulter mit den Arbeitern führen werden. **Bernhard** vom Deutschen Bauwerksbund schilberte das furchtbare Elend der arbeitslosen Bauarbeiter. Er forderte dringend von der Regierung Hilfsmaßnahmen zur Befreiung des Baumarktes, vor allem Förderung des Wohnungs- und Straßenaufbaues sowie Reparaturarbeiten für die Altwohnungen. **Schöller** vom Textilarbeiterverband forderte im Hinblick auf die scharfe Rationalisierung Verkürzung der Arbeitszeit. Mit Energie wandte er sich gegen den Unterstützungsabbau bei der verheirateten Frau, die, wie z. B. die große Masse der Textilarbeiterinnen, doch wahrhaftig nicht zu ihrem Vergnügen in die Fabrik gehe. **Brandes** vom Deutschen Metallarbeiterverband befragte eingehend die Bedeutung des Schiedspruchs für die nordwestdeutsche Eisenindustrie, durch den der schon lang vorbereitete große Lohnabbau jetzt eingeleitet werden solle. In Hand hieb- und stichfester Zahlen führte er den Nachweis, daß der Preisabbau in der Eisenindustrie längst fällig war. „Sch kann nicht annehmen“, sagte **Brandes** mit erhobener Stimme zu dem Reichsarbeitsminister, „daß vom Reichsarbeitsministerium eine allgemeine Lohnkürzung durch eine Verbindlichkeitserklärung unterstützt wird. Das Reichsarbeitsministerium würde damit eine ungeheure Verantwortung für unheilvolle Folgen übernehmen.“

In seinem Schlusswort stellte **Grahamann** fest, daß die frühere Regierungskoalition nicht an der Beitragsfrage für die Arbeitslosenversicherung zerbrochen sei, wie dies aus den Ausführungen des Reichsarbeitsministers gefolgert werden könnte, sondern nur deshalb, weil unter den grundsätzlichen Bedingungen für eine Einigung der Regierungsparteien die Notwendigkeit eines Abbaues der Leistungen der Arbeitslosenversicherung mit einer Senkung der Arbeitsmoral begründet werden sollte. Einer solchen Beleidigung der Arbeitslosen konnten sich die Vertreter der stärksten Partei der Arbeiterschaft in der Reichsregierung nicht schuldig machen. Dafür konnten und durften die sozialdemokratischen Reichs-

minister keine Verantwortung übernehmen, sie mußten sie den Vertretern der bürgerlichen Parteien allein überlassen. Dann sagte der Redner in kurzen und ernsten Worten die Bedeutung dieser gemeinsamen Kundgebung der freien Gewerkschaften der Arbeiterschaft und Angestellten zusammen. Er begründete den Verzicht auf eine besondere Entscheidung mit der Tatsache, daß diesbezügliche Mahnungen und Forderungen der deutschen Gewerkschaften bisher schon zur Genüge öffentlich zum Ausdruck gebracht worden sind, daß heute auch an maßgebenden Stellen in Politik und Wirtschaft kein Zweifel mehr darüber bestehen könnte. Es ist heute ein geradezu grotesker Zustand in der gesamten Wirtschaft festzustellen. Wenn früher Not und Elend im alten Europa auftraten, so war das insbesondere auf Missetaten und nicht rechtzeitige Vorsorge für solche Fälle zurückzuführen. Heute aber werden Not und Elend durch ein Übermaß an Produktion und Vorrat hervorgerufen. Aberaus reiche Ernten an Roggen, Weizen, Baumwolle, Gummi usw. bilden heute eine Gefährdung des sozialen Lebens, nicht weil kein Bedarf dafür vorhanden wäre, sondern weil die Voraussetzungen für ihren Verkauf infolge geschwächter Kaufkraft fehlen. Und dabei wird eine noch stärkere Schwächung der Kaufkraft der großen Massen als Voraussetzung für eventuelle Preisentfaltungen gefordert. Aber Notwendigkeit und Möglichkeiten einer Preisentfaltung braucht gar nicht mehr gesprochen zu werden, aber trotzdem werden heute noch deutsche Waren nach dem Ausland billiger verkauft als im Inland! Das sind Dinge, die in bezug auf Vernunft der heutigen Wirtschaftsführung nur noch Kopfschütteln übrig lassen. Diese Zustände sind auch Ursache dafür, daß die Arbeiterschaft ihre internationalen Beziehungen noch enger als bisher knüpfen und ausweiten muß. Denn die Einstellung der Weltwirtschaft auf Spekulation trifft nicht nur die Arbeiterschaft eines Landes, sondern aller Länder. Sehr zu bedauern ist, daß kein Zollfrieden auf längere Dauer möglich war, und daß Deutschland auf diesem Gebiete gar noch mit schlechtem Beispiel vorangegangen ist. Die jetzige Kundgebung der Arbeiterschaft soll daher dazu dienen, der Reichsregierung und den besonders in Betracht kommenden Ressorts öffentlich zu sagen, was die deutsche Arbeiterschaft über alle diese Dinge denkt. Die Allgemeinheit hat die Pflicht, für diejenigen zu sorgen, die trotz guten Willens durch ihrer Hände Arbeit nicht in der Lage sind, ihr Brot zu verdienen. Ein Zugeständnis der Gewerkschaften, diese Verpflichtung als abgelehnt anzusehen, kann ohne Erfüllung dieser Pflicht nie erfolgen. Wenn schon der Arbeitswille weiter Kreise des Volkes begreift wird, dann ist dieser Zweifel durch Arbeitsbeschaffung unter Beweis zu stellen. Dann wird die deutsche Arbeiterschaft sicher dokumentieren, daß sie ihren guten Ruf als arbeitsfreudig keinesfalls verloren hat. Es wird aber nicht damit getan sein, daß unsere Kundgebung nur als Warnung und Mahnung beurteilt wird, es gilt, in den nächsten Wochen und Monaten jeden Nerv anzuspannen und auszuhalten im Glauben an unsere geschichtliche Mission und der auf uns allen lastenden Verantwortung für eine bessere Ordnung in Staat und Wirtschaft!

Reichstag, Arbeitslosigkeit und Gewerkschaften

In der 174. Sitzung des Deutschen Reichstages, am 27. Mai, wurden bei der zweiten Beratung des Etats des Reichswirtschaftsministeriums die Gedanken und Forderungen der deutschen Arbeiterschaft zur gegenwärtigen Wirtschaftslage und des daraus resultierenden Arbeitslosenstands von dem ersten Vorsitzenden des Deutschen Solgarbeiterverbandes, **Fritz Tarnow**, als Abgeordneter der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, in folgender großen und eindrucksvollen Rede zum Ausdruck gebracht:

Die ganze Wirtschaft steht unter dem Druck der ungeheuren Arbeitslosigkeit. Wenn meine Partei mit allem Nachdruck dafür kämpft, daß den Opfern der Arbeitslosigkeit durch Unterstützung ein Existenzminimum gewährt wird, so verkennen wir natürlich nicht, daß die bessere Form der Hilfe die Beschaffung von Arbeit wäre. (Sehr richtig!) bei den Sozialdemokraten.) Arbeitsbeschaffung müßte das Zentralproblem nicht nur der Wirtschaft, sondern der ganzen Staatspolitik sein. Das Hauptkraftzentrum der Regierungspolitik müßte im Wirtschaftsministerium liegen. Dem ist aber nicht so. Wenn das Landwirtschaftsministerium zu einer staatlichen Wirtschaftspolitik mit großer Energie übergegangen ist, so erscheint die Bescheidenheit des Wirtschaftsministeriums nicht ganz angebracht; wenigstens müßte es verbinden, daß die gesamte staatliche Wirtschaftspolitik in eine Richtung gebracht wird, die den Gesamtinteressen der deutschen Wirtschaft nicht förderlich sein kann, diese vielmehr den einseitigen Interessen der Landwirtschaft unterordnet. Wenn in der ganzen Welt Bestrebungen zur Erleichterung

des internationalen Handelsverkehrs und zum Abbau der Zollmauern im Gange sind, so müßte Deutschland dabei der Führer unter den Nationen sein. Die Wirtschaftspolitik der Regierung Brünning läßt von dieser Erkenntnis nichts merken, sondern bedroht unsere Welt handelsbeziehungen auf das allergrößte. (Sehr wahr!) bei den Sozialdemokraten.)

Der einzige Blick in unsere Weltwirtschaftspolitik ist die Entwicklung unseres Außenhandels, die sich von 1925 bis 1929 außerordentlich günstig gestaltet hat. Unserer Ausfuhr in dieser Zeit ist um mehr als 4 Milliarden Mark gestiegen. Davon entfallen 3 1/2 Milliarden auf die Steigerung der Ausfuhr an Fertigwaren. Das bedeutet eine Beschäftigung von mehr als 600 000 Arbeitern. Wie hätte ohne diese Steigerung unser Arbeitsmarkt ausgesehen? Zu diesen 600 000 kommen noch die mittelbaren Auswirkungen der Ausfuhrsteigerung. Die starke Erhöhung der Agrarölle aber, die Ausbehnung des Einfuhrschutzesystems, also der Exportprämien und des Dumpings macht uns in der übrigen Welt natürlich ungemiebt beliebt und muß unsere auswärtigen Handelsbeziehungen ungeheuer fördern! (Sehr gut links.) Man kann nicht Protektionismus treiben, ohne Rückwirkungen in den anderen Ländern hervorzurufen. Noch haben wir in der Weltwirtschaft eine sehr starke Stütze in der englischen Handelspolitik, die im wesentlichen immer noch freihändlerisch ist. Die englische Arbeiterregierung hat die Initiative ergriffen, damit ein Zollfrieden zwischen den Nationen geschlossen werde. Sie hat das nicht aus Ideologie getan, sondern getrieben von der Sorge, daß sie der Schuldenbewegung im eigenen Lande nicht mehr Herr werden kann. In diesem Augenblick müssen wir kräftig dazwischenfuhren, um mit unserer Schutzpolitik den Protektionismus im Ausland zu härten! Im letzten Jahre hatten wir eine Ausfuhr nach England

von 1,305 Milliarden Mark und einen Ausfuhrüberschuß von 440 Millionen. Davon sind nur 10 bis 12 Proz. unserer englische Zollsätze gefallen. Mehr als 90 Proz. unserer Gesamtausfuhr nach England blieb also ohne Zollbelastung. Durch die Änderung unserer Handelspolitik werden wir uns die Märkte in der ganzen Welt erheblich verkleinern. Nach Holland, das eine sehr liberale Handelspolitik treibt, betrug unsere Ausfuhr im letzten Jahr 1,355 Milliarden, der Ausfuhrüberschuß 654 Millionen. Nach Skandinavien hatten wir bei einer Ausfuhr von 1,681 Millionen einen Überschuß von 323 Millionen. Diese drei Einfuhrgebiete, die infolge der Änderung unserer Handelspolitik, und sicher wenn England dem Ansturm der Schutzölle nicht widerstehen könnte, ihre Handelspolitik ändern werden, haben im letzten Jahre deutsche Waren im Werte von 4 Milliarden aufgenommen und uns einen Überschuß von annähernd 1 1/2 Milliarden geliefert. Das sind schwerere Gewichte gegenüber den vielleicht vorhandenen Erfolgsaussichten Ihrer Landwirtschaftspolitik.

Der Reichswirtschaftsminister hat seinerzeit mit einem Ton des Bedauerns festgestellt, daß wir mit den Grundrissen unserer Handelspolitik selber bis 1935 gebunden sind. Aus dieser Bewertung konnte man schließen, daß der Minister die Absicht hat, unsere Handelspolitik zum Protektionismus umzubiegen. Wenn solche Absichten bestehen, dann möchten wir sie bezeiten kennen lernen, damit der Reichstag aussprechen kann, daß er nicht mitmacht, weil Lebensinteressen der deutschen Wirtschaft davon bedroht werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Nicht nur die Größe der Arbeitslosigkeit, sondern auch ihre Stabilität ist so erschreckend. Ihre Größe ist kein Beweis für eine Lebensunfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Diese hat sich ausgezeichnet entwickeln können in derselben Zeit, wo die Arbeitslosigkeit ständig angewachsen ist. Nach

allen Produktions- und Verzehrsziffern war das Wirtschaftsvolumen 1929 größer als 1928, obwohl diese Zeit begleitet war von einem fortwährenden Anwachsen der Arbeitslosigkeit. Sie muß also Ursachen haben, die nicht in einem Wirtschaftszwund, vielmehr in besonderen Umständen zu suchen sind. Eine der wichtigsten Ursachen der wachsenden Arbeitslosigkeit ist die überfüllt betriebene Rationalisierung der deutschen Produktion. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Selbstverständlich gehört zu den Fortschritten der Zivilisation und der Wirtschaft eine fortgesetzte Verbesserung der wirtschaftlichen Einrichtungen. Wenn aber die technische Rationalisierung für die Volkswirtschaft von Nutzen sein soll, dann muß der Zeitpunkt dafür richtig gewählt sein. Die große deutsche Rationalisierung 1925 bis 1929 erfolgte in einer Zeit, die nach volkswirtschaftlich vernünftigen Erwägungen dafür die denkbar ungeeignetste war. Als Voraussetzungen für eine Rationalisierungskampagne müßte man bezeichnen, daß der Arbeitsmarkt verhältnismäßig leer und der Kapitalmarkt verhältnismäßig gefüllt ist. Die deutsche Rationalisierung begann in einer Periode, wo der Arbeitsmarkt fössal überfüllt, wo aus der Kriegs- und Inflationszeit einige Millionen Arbeiter noch nicht angelehrt waren im Arbeitsprozeß. Statt daß man Arbeitskräfte angelehrt hätte, sind durch die Rationalisierung noch weitere Arbeitskräfte freigegeben worden. Das Institut für Konjunkturforschung schätzt die Zahl der durch die Rationalisierung unmittelbar freigegebenen Arbeiter auf 2 Millionen. Dazu kommen die bereits bei Beginn der Rationalisierung vorhandenen Arbeitslosen. Das verfügbare Kapital, das zur Anlehnung von Arbeitern hätte verwendet werden können, ist zur Freisetzung von Arbeitskräften gebraucht worden!

Ich weiß, daß auch da Zwangsläufigkeiten vorhanden waren, und daß in einem Lande, wo die Wirtschaft nicht planmäßig geführt wird, überhaupt nicht nach volkswirtschaftlichen Erwägungen gearbeitet wird. Ich mache auch der Gesamtheit der Unternehmer keinen Vorwurf, sondern ich zähle nur die Ursachen auf, auf denen die große Arbeitslosigkeit beruht, und dazu gehört nicht eine Lebensunfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Natürlich hat die Rationalisierung im großen Ausmaß ihre Konsequenzen. Die rapide Steigerung der produktiven Kräfte durch die Rationalisierung ruht unaufhaltsam die Frage der Arbeitszeit auf. Es geht doch nicht an, daß die einzige Folge der Rationalisierung die dauernde Vermehrung der Arbeitslosigkeit sein soll, das theoretische Endziel der Rationalisierung kann doch nur die menschliche Fabrik sein. Steuern wir dahin, dann sind wir natürlich längst vor der Erreichung dieses Zustandes an dem Punkt angekommen, wo mit der bisher als normal angesehenen Arbeitszeit nicht zu leben ist, weil wir die Menschen nicht mehr beschäftigen können. Heute schon sind nicht mehr alle Arbeitskräfte unterzunutzen. Dann aber muß man die Arbeitszeit verkürzen. Nach dem jetzigen Stand der technischen Einrichtungen wäre der Siebenstundentag oder die Fünftagewoche durchaus genügend, um die volkswirtschaftlichen Leistungen, die heute in acht oder noch mehr Stunden geleistet werden, durchzuführen. Diese Arbeitszeitverkürzung wäre möglich, ohne daß dadurch die volkswirtschaftliche Leistung zurückgeht. Allerdings ist diese Frage nicht mit moralischen Argumenten zu lösen. Immer war das Kernstück politischer und wirtschaftlicher Auseinandersetzungen ein Machtkampf. (Sehr richtig! links und rechts.) Wir werden die Arbeiterklasse noch besser organisieren, die Arbeiterkraft wird sich noch stärker hinter ihre politische und gewerkschaftliche Vertretung stellen müssen, dann werden wir die Möglichkeit haben, das, was in der Wirtschaft durchführbar ist, auch verwirklichen zu können. Wir vertrauen darauf, daß die Arbeiterklasse, soweit sie das heute noch nicht begriffen hat, es noch begreifen wird. (Lebhafte Zustimmung der Sozialdemokraten.)

Man spricht viel von der Kapitalnot, aber diese begründet noch nicht, daß die ganze Steuer-, Finanz- und Sozialpolitik, auch die ganze Lohnpolitik in den Dienst einer stärkeren Kapitalbildung gestellt werden muß. Das Ausmaß der inneren volkswirtschaftlichen Kapitalbildung, wenigstens seit 1927, ist nach allen Schätzungen und Berechnungen bereits so groß wie in den letzten Vorkriegsjahren. (Hört! hört! links.) Ich weiß, daß damit noch nicht alle Löcher gestopft werden können, die der Krieg gerissen hat, und daß das auch nicht ausreicht, um die Ansprüche der außerordentlichen Rationalisierung zu befriedigen. Das Ausmaß der nötigen Kapitalbildung wird aber nicht bestimmt durch unsere Kapitalbedarfe allein, sondern durch eine ganze Reihe anderer Faktoren, vor allem dadurch, in welchem Maße das vorhandene und das neu gebildete Kapital in der deutschen Wirtschaft eine rentable Verwendung finden kann. Unsere deutsche Wirtschaft zeigt gegenwärtig eine gewaltige Überkapazität der produktiven Anlagen. Verstärkte Kapitalbildung bei starker Konsumeinschränkung kann nichts anderes bedeuten, als daß die nichtverwendbaren Produktionsanlagen noch vergrößert werden, d. h. daß noch größere Teile der Produktionsanlagen entwertet werden. Volkswirtschaftlich ist nur das Kapital wertvoll, das rentabel arbeitet; Kapital, das nicht arbeitet, muß volkswirtschaftlich abgeschrieben werden. Wenn Sie die Kapitalneubildung vergrößern durch Vernichtung von Verbrauchskräften, durch weitere Einschränkung der Produktion, dann haben wir nicht einen Kapitalvermehrungs-, sondern einen Kapitalvernichtungsprozeß. (Sehr wahr! links.)

Die meisten Unternehmer, die über Kapitalnot klagen, sind sich dieses Zusammenhanges gar nicht bewußt. Es ist gar nicht so, daß zu wenig Kapital, sondern daß zu viel Kapital investiert ist und daß dieses zu viel investierte Kapital keine Rente abwerfen kann. Trotz dieser

fortgesetzten Kapitalnot ist eine ungeheure Menge von Kapital verschwendet und vergeudet worden. Je mehr man von den Einzelheiten erfährt, um so mehr erkennt man, daß Millionenbeträge durch Festinvestitionen vergeudet und der Volkswirtschaft entzogen worden sind. Die allgemeine Kapitalnot hat noch die besondere Wirkung, daß das verfügbare Kapital nicht über die ganze Wirtschaft gleichmäßig verteilt wird, sondern einzelne Unternehmungen sich vergrößern, sich erweitern und neue Betriebsanlagen



Fünfzig Jahre Verbandsmitglied



Karl Schmidt in Tilsit

Eingetretten: 6. Juni 1880 - Buchdruckerlei Meyländer in Tilsit



schaffen. Das Reichswirtschaftsministerium hätte die große und volkswirtschaftlich dankbare Aufgabe, die Kapitallenkung mehr als bisher zu verfolgen und zu versuchen, auch den Kapitalmarkt organisieren zu helfen. Was in den letzten Jahren getan wurde, war das Gegenteil wirtschaftlicher Vernunft. Der Auslandskredit wurde uns ferngehalten, die Gemeinden stranguliert. In der Zeit, wo sie langfristige Auslandskredite hätten bekommen können, ist ihnen die Möglichkeit genommen worden. Sie mußten sich in kurzfristige Schulden stürzen. Nachdem sie für produktive Arbeiten keine Mittel bekommen haben, müssen sie jetzt eine Umwidmungsoption, machen, jetzt, wo die Ersparterung auf dem langfristigen Kapitalmarkt eingetreten ist, müssen erst die Gemeinden saniert und diese Kredite zur Wöschung der kurzfristigen Schulden verwertet werden. Die Privatwirtschaft, die sich so getreut hat, als die Gemeinden stranguliert wurden, ist heute der Leidtragende. Besonders der Baumarkt, durch den die Arbeitslosigkeit so stark vergrößert wird. Der Wohnungsbau liegt fast vollständig brach, und das ist mit verursacht durch die Kreditpolitik gegenüber den Gemeinden. (Sehr wahr!)

In dieser Zeit so ungeheurer und so verzweifelt langer Arbeitslosigkeit glaubt das Unternehmertum die Gelegenheit gekommen, um allgemeinen Lohnabbau durchzuführen. In den letzten Jahren haben wir unausgesetzt hören müssen, daß die deutsche Produktionswirtschaft so stark belastet sei durch Steuern, soziale Abgaben und zu hohe Löhne. Die Zahlen über die Entwicklung unfres Außenhandels widerlegen die Behauptung, daß die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft dadurch unterbunden worden wäre. In der ganzen Welt hat keine Volkswirtschaft ihre Ausfuhr in dem Maße steigern können wie die deutsche. Es wäre ja furchtbar einfach, wenn man die Arbeitslosigkeit durch Lohnsenkung beseitigen könnte, da brauchte man ja die Löhne nur so tief zu setzen, bis der letzte Arbeiter untergekommen ist. Diese Theorie stammt aus der längst entwichenen Zeit, wo die Gesteungskosten im wesentlichen durch die Lohnkosten und das gesamte Preisniveau durch das Lohnniveau bestimmt wurden, und wo eine Lohnsenkung die Preislenkung automatisch zur Folge hatte. Heute aber stehen nicht mehr die Lohnkosten, sondern die fixen Kosten im Mittelpunkt der Gesteungskosten. An diesen Kosten ändert aber ein Lohnabbau gar nichts. Selbst bei einem allgemeinen Lohnabbau von 10 Proz. könnten die Preise noch nicht um 8 Proz. gesenkt werden. Auf der anderen Seite aber würde eine 10prozentige Lohnsenkung die Kaufkraft der Arbeiter viel stärker als um 10 Proz. vermindern, denn die Ausgaben für Miete und Ernährung bleiben und nur die Ausgaben des Lohnes sind konjunkturell beeinflussend. Ein 10prozentiger Lohnabbau würde die Kaufkraft um 20, 30 oder 100 Proz. verringern. (Lebhafte Zustimmung der Sozialdemokraten.) Man sollte etwas mehr von amerikanischer Wirtschaft und amerikanischer Wirtschaftstheorie lernen! Ein weiterer Einwand ist, daß der Lohn zwar und nicht beweglich sei. Auch der Reichsfinanzminister hat in Köln davon geredet, und zwar in einem Atemzug von starren Löhnen und starren Kartellpreisen. Wenn die Gewerkschaften wären glücklich, wenn die Löhne so stark wären wie die Kartellpreise. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Die effektiven Löhne liegen vielfach 18, 19 oder 20 Proz. über dem Tariflohn. Diese MehrLöhne aber sind leider außerordentlich konjunkturrempfindlich. Es ist noch keine Krise dagewesen, die nicht trotz Aufrechterhaltung der Tariflöhne auf die Effektivlöhne gewirkt hätte, ebenso wie eine Konjunktur die Löhne erhöht. Geben Sie

uns nur so viel Beweglichkeit für die Kartellpreise, wie sie für die Löhne besteht, dann wird unsre ganze Wirtschaft viel elastischer sein. Den Unternehmern genügt aber nicht die Möglichkeit, die Überlöhne senken zu können, sie wollen die Zeit benutzen zu einem Angriff auf die tariflichen Mindestlöhne; sie wollen das Existenzminimum der Arbeiterkraft drücken. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Dafür sehen wir zahlreiche Anzeichen, dafür sind auch schon taktische Maßnahmen eingelegt. So z. B. ist das Stahlwerk Becker vom Stahlwerksverband aufgekauft worden, um es stillzulegen, um die Produktionskapazität zu verringern. Der Stahlwerksverband hat eine ganze Reihe gesunder Werke aufgekauft, um sie stillzulegen. Es gehört ein robustes Gewissen dazu, tausende Arbeiter existenzlos zu machen, ganzen Gemeinden die Daseinsgrundlage durch einen einfachen Beschluß zu entziehen. Die Herren von Stahl und Eisen haben starke Nerven in dieser Beziehung. Aber immerhin, die Öffentlichkeit fängt an, zu murren. Auch der gute Bürger kriegt allmählich Bedenken, ob diese Gesellschaftsordnung wirklich so göttlich vollkommen ist, ob alles so gesehen muß, wie es geschieht. Man sucht das Odium von sich abzuwälzen. Man sagt den Arbeitern: „Wenn ihr bereit seid, 15 Proz. billiger zu arbeiten, dann werden wir nicht stilllegen.“ Geben die Arbeiter darauf ein, dann kann man das Wert noch ein Jahr laufen lassen und zunächst an anderer Stelle stilllegen. Weigern sich die Gewerkschaften aber, dann kann man ungeführt die Aktion durchführen und mit einer Krotobilstände im Auge der Öffentlichkeit erklären: „Seht, wir wollten ja die Arbeiter retten, aber die Gewerkschaften haben das verhindert.“ So hat es auch die „Bergwerkszeitung“ geschrieben: Die Gewerkschaften sind schuld, nicht etwa der Stahlwerksverband. Wer wird denn dem Stahlwerksverband für fähig halten, Betriebe stillzulegen! (Sehr gut! links.)

Oder der Mansfelder Kupferbergbau! Dort ist in den letzten Jahren offenbar eine ganz tolle Mißwirtschaft getrieben worden. Eine unsfähige Konzernleitung hat große Verluste verschuldet. Nach einigen Jahren glänzender Gewinnspekulation erklärte der Konzern, daß seine Taschen leer seien, daß er kurzfristige Schulden aufnehmen mußte und nun auf Kosten der Arbeiter und mit Hilfe billiger Eisenbahntarife usw. saniert werden müßte. Nachweisbar sind dort Millionenverluste entstanden durch leistungsfähige Beteiligungen an fremden Unternehmungen. 1928 ist die ganze Konzernleitung zum Teufel gejagt worden, weil sie ohne Wissen des Aufsichtsrats große verlustreiche Aktienkäufe gemacht hat. Die neue Leitung trat ein Jahr später mit der öffentlichen Erklärung hervor, daß sie mit den Großaktionären nicht zusammenarbeiten könne; es entstanden Riesenprozesse, die schweres Geld kosteten. Die fremden Aktien, die man in Millionenpaketen gekauft hatte zum Kurs von 240, liegen heute 95; andere Aktien sind von 350 auf 95 heruntergegangen. Aus diesen Falschspekulationen ist ein Verlust von 4 Millionen entstanden. Nun erklärte man, man müsse die Löhne pro Jahr um 4 Millionen kürzen und dazu der 14 000-Mann-Belegschaft eine 15prozentige Lohnreduktion auferlegen. Weil ein paar Leute durch eine einzige Aktion 4 Millionen Mark von der Substanz des Werkes vernichteten, die wiederum in gewisse Taschen geflossen sind, sollen 14 000 Arbeiter mit ihren Familien ihre Lebenshaltung um 15 Proz. einschränken. Es gibt keine Möglichkeit, sich dagegen zu schützen. Das System unserer Kartellwirtschaft ist von der Schuld daran nicht freizusprechen. Es darf nicht länger durch die Macht der Kartelle die Entwicklung der Preise verhindert werden, die nach volkswirtschaftlichen Grundfragen notwendig sind und die auch möglich sind.

Früher einmal haben die Kartelle ihre Preise so gestellt, daß auch der lahmste Betriebsgaul immer noch das Ziel der Rentabilität erreichen konnte. Inzwischen hat man die Methode geändert. Heute schlägt man diese lahmen Gänse ab, verpfändet aber die Gesamtwirtschaft, auch diese toten Gänse noch weiter zu füttern. (Lebhafte Heiterkeit.) Diese lahmen Gänse werden bezahlt, als ob sie ganz edles Vollblut wären, die Köfen aber werden der Gesamtwirtschaft auferlegt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Eine Propagandaabteilung des Reichsverbandes der deutschen Industrie über den volkswirtschaftlichen Nutzen der Kartelle zeigt, daß fast alle Kartelle dazu übergegangen sind, mit großen Gebäudeforderungen Betriebe aufzukaufen und stillzulegen, um das volkswirtschaftlich entwertete Kapital auch weiterhin mit Rente zu versorgen. Die Nachteile der Kartelle sind so stark geworden, ihr Einfluß so unheilvoll, daß die Zeit zu einer schärferen Kartellgesetzgebung gekommen ist. Vom Privatkapital zu verlangen, daß es gemeinnützig wirken soll, ist unmöglich, denn das wäre gegen die kapitalistische Natur. Der Nutzen der Kartelle besteht nur in der Organisation der Wirtschaft. Diese Tätigkeit kann weitergehen, sie muß aber durch die gesellschaftliche Kontrolle ergänzt werden, die der Staat in die Kartellorganisation einlegen muß. Das verstoßt gegen das Prinzip der freien Wirtschaft, entspricht aber der öffentlichen Wirtschaft. Der Reichsverband der deutschen Industrie hat auch ein Landwirtschaftsprogramm veröffentlicht. Es ist in vielen Dingen ganz ausgezehrt, schon weil es starke Anklänge an unser sozialdemokratisches Agrarprogramm enthält. (Heiterkeit.) Das Programm führt aus, daß für die Landwirtschaft das rein privatwirtschaftliche System nicht mehr möglich ist, sondern daß eine Organisation unter staatlicher Führung nötig sei. Mit dem grundsätzlichen Kampf gegen den Marxismus ist dieses Programm nicht mehr ganz vereinbar. (Heiterkeit.) Die organische Entwicklung ist eben stärker als mechanische Formen. Was die Herren für die Landwirtschaft predigen, muß genau so angewendet werden auf die industrielle Wirtschaft. Die Zeit ist gekommen, um in das Kartellwesen einzugreifen.

Die heutige gewaltige Arbeitslosigkeit ist nicht wirtschaftlich notwendig bedingt. Wir sehen neben ihr eine gewaltige Überbeschwerdung des Marktes mit Rohstoffen und ein starkes Sinken der Rohstoffpreise. Also Überbeschwerdung mit produktiven Kräften, Arbeitslosenarmen in der ganzen Welt, die sich ständig vergrößern, Wachsen der Zahl der leeren Hände und der mechanischen Kräfte. Dieses Übermaß von Gütern stellt einen Reichtum dar, dessen Zunahme noch unübersehbar ist angesichts des Mangelangebots von Rohstoffen und von produktiven Kräften zu ihrer Verarbeitung. Daneben aber sehen wir die Menschen verzweifeln und rufen: „Weh uns, wir sind verloren, wir gehen zugrunde am Mangel, wenn es nicht gelingt, uns Arbeit zu geben.“ Diese Zustände sind eine furchtbare Anklage gegen das kapitalistische Wirtschaftssystem, das angesichts der technischen Entwicklung nicht mehr möglich ist, ohne die Wohlfahrt der Gesellschaft zu gefährden. Das kapitalistische System hat seine Verdienste in der Entwicklung der Produktivkräfte, aber die Zeit ist gekommen, wo seine historische Rolle vorbei ist, wo die gesellschaftlichen Kräfte organisiert werden müssen, um das Wirtschaftssystem zu regulieren. Die Zeit ist gekommen, wo die Gesellschaft sich zusammenschließen muß unter Ausschaltung der Profitinteressen, die das kapitalistische System beherrschen, und um die Wirtschaft so zu organisieren, daß die bestmögliche Versorgung das einzige Ziel der Wirtschaft überhaupt noch ist. Nur wenn wir die Wirtschaftspolitik in dieser Richtung entwickeln, werden wir die Aussicht haben, zu einer vernünftigen Wirtschaft zu kommen! (Stürmischer, anhaltender Beifall und Händeklatschen der Sozialdemokraten.)

Internationales Maschinenfabrikantentreffen

In dem durch die Schefelsche Dichtung „Der Trompeter von Säckingen“ weltberühmten und idyllisch am Rhein gelegenen Städtchen Säckingen fand am 18. Mai die 27. ordentliche Generalversammlung der Oberrheinischen Maschinenfabrikantenvereinigung im Sotel „Zur Badesquelle“ statt. Eine herrliche Autofahrt durch die schönsten landschaftlichen Gegenden des im garzesten Grün erstrahenden Schwarzwaldes führte zahlreiche Kollegen bei herrlichem Maienwetter an den Tagungsort. Zu den deutschen Kollegen gesellte sich noch eine stattliche Zahl Schweizer Kollegen aus Aarau, Basel und Zürich.

In seiner Begrüßungsansprache konnte der Vorsitzende der Oberrheinischen Maschinenfabrikantenvereinigung, Kollege Hermann Müller, mit Genugtuung feststellen, daß die Kollegen aus den Bezirken fast restlos herbeigeeilt waren. Ferner hatten sich eingefunden der Gauvorsitzer des Gaues Oberheim, Kollege Sandfort, und die Vertreter der Zentralkommission der Schweizer Maschinenfabrikanten, die Kollegen Schmann und Ammann. Mit den Schweizer Kollegen waren auch deren Präsidenten erschienen, die Kollegen Fuhs und Thul (Basel), Kehler (Zürich) und Stamm (Aarau). Als Referent für den Vortrag „Berufsgesundheit des Maschinenfabrikanten“ war Herr Professor Dr. Holzmann aus Karlsruhe gewonnen worden. Die stabsärztlichen Maschinenfabrikantenvereine und Herr Ingenieur Bader von den Funditorwerken in Waldshut hatten Begrüßungsschreiben gesandt.

Kollege Schmann von der Zentralkommission der Schweizer Maschinenfabrikanten übermittelte die Grüße der Schweizer Kollegen und gab seine Freude darüber Ausdruck, daß die Beziehungen zwischen den Schweizer Maschinenfabrikanten und dem Gau Oberheim immer enger werden. Er betonte, daß die Pflege des internationalen Gemeinnsinn noch nie, jede Gelegenheit müsse benützt werden, derartige Verbindungen zu pflegen, denn das beste Beispiel hierfür bieten uns die Unternehmer, die in dieser Beziehung weit vorausgeschritten sind. Wohl sei es schwierig, eine internationale Verbindung mit den Maschinenfabrikanten herbeizuführen, aber es seien bereits Anknüpfungen gemacht. Die Schweizer Kollegen befänden sich zur Zeit in einer Tarifstreik, von der sie vorläufig noch nicht wissen, was sie bringt. Er könne aber sagen, daß die Schweizer Maschinenfabrikantenvereinigungen geschlossen hinter ihnen stehen. Der Anschlag der Unternehmer gelte in erster Linie den Positionen der Maschinenfabrikanten. Leider sei es dem deutschen Verbande nicht gelungen, eine Arbeitszeitverkürzung herbeizuführen, und für die Schweizer Kollegen sei es von Wichtigkeit, daß sie gerade in dieser Beziehung keine Verschlechterungen einleiten.

Hierauf ergriff Herr Landesgewerbearzt Professor Dr. Holzmann aus Karlsruhe das Wort zu seinem Referat über „Berufsgesundheit der Maschinenfabrikanten“. Zu großen Anreizen sei hier das Wichtigste des Referats wiedergegeben.

Charakteristisch sei, daß es in dem großen Zweig des polygraphischen Gewerbes, zu dem auch die Maschinenfabrikanten, verhältnismäßig wenig Großbetriebe gebe. 84,3 Proz. sämtlicher Betriebe arbeiten mit unter 25 Arbeitern. Im ganzen seien es 9000 Betriebe mit 210 000 Arbeitern, die wir im Deutschen Reich haben. Wenn man sich die allgemeine Gesundheitslage der ganzen Gruppe im polygraphischen Gewerbe vor Augen führe, so ist dieselbe, im ganzen genommen, günstig im Vergleich mit andern Berufen. Es ist auf Grund von Statistiken zu konstatieren, daß sich innerhalb der letzten 20 Jahre die Gesundheitsverhältnisse gebessert haben. Auf 100 Arbeiter im polygraphischen Gewerbe entfielen jetzt 34,6 Erkrankungen, gegenüber 39,8 im Textilgewerbe. Darunter verhält sich die Tuberkulose wie 3,8 zu 4,4, so daß auch hier von einer entschiedenen Besserung im polygraphischen Gewerbe gesprochen werden kann. Auch hinsichtlich der Unfallziffern stehen die polygraphischen Arbeiter günstig da. Bei allen

Berufen, wobei alles mitgezählt ist, kamen auf 100 Mitglieder 47,6 Unfälle, gegenüber nur 13,4 beim Buchdrucker. Dieses günstige Verhältnis liegt in der Natur der Sache, da schwere Maschinenverletzungen bei den Buchdruckern überhaupt nicht in Frage kommen.

Wenn man die Art der Krankheiten übersehe, so sind — neben der Tuberkulose, die eine gewisse Rolle spielt — Erkrankungen des Nervensystems, die recht häufig sind, Verdauungsstörungen und sonstige Erkrankungen der Atmungsorgane zu verzeichnen. Die Nervenkrankheiten und die organischen Lungenerkrankungen rühren zum Teil von der Berufsauslese her, die sich unwillkürlich im polygraphischen Gewerbe geltend macht. In den Beruf des Buchdruckers gehen nicht gerade die großen, kräftigen Menschen, sondern es sind im ganzen mehr Leute mit psychischem Typus, es sind Leute, die Interesse an geistiger Beschäftigung haben. Es kommt hier noch hinzu die Unregelmäßigkeit der Beschäftigung, eine den Intellekt und die Nerven anstrengende Arbeit, ferner das Arbeiten bei künstlichem Licht und dergl. Das alles sind Dinge, die auf das Nervensystem im ganzen einwirken können.

Als Grund für die Berufsgeschädigungen nannte der Referent vor allen Dingen die Beschaffenheit der Arbeitsräume, die den hygienischen Vorschriften nicht entsprechen, die zu eng oder schlecht belüftet sind, schlecht belichtete und zu heiße Arbeitsräume. Der Frage eines geeigneten Sitzes für die Maschinenfabrikanten wäre mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Es müsse ein Sitz gewählt werden, der sich der natürlichen Körperform anlehnt und dem Rücken eine Stütze verleiht.

Aufmerksamkeit verdient vor allem die Frage des Staubes, namentlich soweit er feinen Bleistaub enthält. Einmal sind diesem ausgesetzt die Handarbeiter, ferner alle Bleigießer, Stereotypisten und Maschinenfabrikanten. Die Gefahr der Bleierkrankung ist nicht allzu hoch einzuschätzen, sie läßt sich verhältnismäßig wenig vor. So habe z. B. in den letzten beiden Jahren das Landesgewerbeamt rund 100 Bleierkrankungen gemeldet bekommen. Von dieser Zahl entfallen rund zehn Fälle auf das polygraphische Gewerbe. Die Bleierkrankungen im Akkumulatortengewerbe seien sehr viel größer als im Buchdruckgewerbe. Da die Bleierkrankungen im Deutschen Reich genau so behandelt werden wie ein Unfall, so kann angenommen werden, daß sämtliche Bleierkrankungen zur Anmeldung kommen, denn nach dem Gesetz gilt die Bleierkrankung heute als eine Berufskrankheit. Die Gefahr der einzelnen Bleierkrankungen ist nun keineswegs gleich. Das richtet sich nach der chemischen Beschaffenheit, z. B. sind Bleioxyde viel giftiger als die Schwefelverbindungen des Bleies, die letzteren sind die allerschädlichsten. Dazwischen steht das metallische Blei, das hauptsächlich für die Maschinenfabrikanten in Frage kommt. Neben den chemischen Verbindungen spielt die Gestalt des Bleies eine sehr große Rolle. Blei ist nämlich nur dann schädlich, wenn es entweder in sehr feiner verteilter Staubform auftritt oder in Dampfform. Letzteres kommt verhältnismäßig wenig in Frage, weil die Differenz zwischen dem Schmelzpunkt des Bleies und dem Verdampfungspunkt recht erheblich ist. Dabei muß aber beachtet werden, daß sich Legierungen des Bleies, je nachdem sie zusammengesetzt sind, verschieden zueinander verhalten. Recht übel ist es, wenn verunreinigtes Blei verwendet wird. In diesem Fall können dann leichter Bleidämpfe auftreten, weil sie beim Umschmelzen mitgerissen werden. Dies ist namentlich der Fall, wenn Verunreinigungen fettiger Art vorliegen, da hierdurch leichter eine Verdunstung eintritt, wobei ein sehr lästiger Reiz auf die Atmungsorgane ausgeübt wird und unmittelbar zu starkem Husten Anlaß gibt. Der Vortragende erwähnte, daß ihm gesagt worden sei, daß das Hineinwerfen alter Zeilen in den Kessel aus technischen Gründen nicht mehr vorkomme, doch mußte er durch Zuschnerte sich belehren lassen, daß dies leider noch sehr häufig gehandhabt werden müsse. Ein großer Vorteil ist die elektrische Beheizung, da durch dieselbe eine Erhitzung des Metalls durch automatische Temperaturregung unmöglich gemacht werde. Die Gasheizung sei besonders deshalb schädlich, weil sie einen höheren Verbrauch des Sauerstoffs der Luft, den wir zur Atmung brauchen, mit sich bringt. Die Maschinenfabrikanten sollten beim Abschöpfen der Krüge darauf achten, daß nichts auf den Boden verschüttet wird. Dieses verschüttete Blei wird vertreten und gerieben, wird dann in seiner staubförmigen Gestalt mit der Luft aufgewirbelt und eingeatmet. Die Aufnahme des Bleies in den Körper erfolgt immer auf dem Wege der Atmung bzw. durch die Verdauungswege, also durch Nase und Mund. Feiner Bleistaub kann direkt bis in die Lunge vordringen. Die andre Möglichkeit ist die der Aufnahme des Bleies durch den Verdauungsanal in den Körper dadurch, daß der Staub, der auf der Zunge liegt, direkt hinuntergeschluckt wird. Diese Möglichkeit besteht immer. Die Aufnahme durch den Darm ist weniger gefährlich, weil dazwischen ein Filter eingeschaltet ist, nämlich die Leber. Die Auswirkungen geschehen immer durch den Darm mit dem Stuhlgang, und deshalb ist jedem Arbeiter, der mit Bleiverbindungen in Berührung kommt, einzuführen, daß er immer dafür zu sorgen hat, daß er einen offenen Leib hat, daß er nicht an chronischer Verstopfung leidet.

Die ersten Anzeichen einer Bleierkrankung sind immer Mattigkeit, Kopfschmerz, Appetitlosigkeit und Verdauungsstörungen, häufig auch rheumatische Beschwerden, Gliederschmerzen und immer Verstopfung. Dann kommt es, aber keineswegs immer, in typischen Fällen zur richtigen Bleikolik, ein außerordentlich schmerzhafter Zustand. Die Bleikolik setzt häufig ganz plötzlich ein, nachdem die mehr unbestimmten Symptome vorausgegangen sind. Der Verlauf ist in der Regel das erste Mal günstig, nach etwa drei Wochen ist der Fall wieder hergestellt. Was uns im

Krankheitsbild der Bleikolik entgegentritt, das sind die Krampferkrankungen. Wird der Nierenfilter durchbrochen, dann zeigt sich im Urin Eiweiß und, wenn dies öfter vorkommt, dann kann es zu dauernden Nierenentzündungen kommen. Das ist dasjenige, was man meist als Dauererfolge des Bleies zu bezeichnen hat. Bei den Nierenentzündungen handelt es sich um die Wirkungen des Bleies auf das Nervensystem. Sie kommen zuerst in einer typischen Form vor, nämlich in der Lähmung der Muskeln, und zwar derjenigen, die das Strecken und Aufheben der Hand bewirken. Sie beginnt immer in den Streckmuskulaturen der Hand, und zwar derjenigen, die am meisten angestrengt wird, also der rechten Hand. Die Lähmung ist ein ernstes Symptom, und einem Mann, der eine Lähmung gehabt hat, ist dringend anzuraten, nicht wieder in den gleichen Beruf zurückzugehen, denn es bleibt eine gewisse Neigung zu wiederholten Lähmungen.

Der Arzt hat Möglichkeiten, die Bleidiagnose zu stellen, einmal durch das Aussehen des Mannes, durch schmutzige gelbliche Verfärbung der Schleimhäute und dann durch das Blutbild. Bei Menschen, die ihren Mund nicht besonders pflegen, macht sich ein Saum am Zahnfleisch geltend. Der Arzt hat demnach eine ganze Reihe von Symptomen, auf die er achten muß, niemals gibt es ein einzelnes Moment, wo er sagen kann, das ist Bleierkrankung, die Diagnose muß sich immer aus dem Gesamtbild ergeben.

Zu der Stellung der Maschinenfabrikanten gerade unter den verschiedenen Sparten des Buchdruckgewerbes zog der Referent eine laufende Statistik aus Leipzig heran, wonach in Leipzig auf hundert Mitglieder der Handarbeiter 21,4 und auf die Drucker 25,1 Erkrankungen fielen. Man kann also sagen, daß die Handarbeiter und Drucker mit rund 25 Proz. Erkrankungen sich etwa gleichstellen. Die Stereotypisten stehen den Maschinenfabrikanten gleich, der eine Teil weiß 34,1, der andre 34,8 Proz. Erkrankungen auf. Es stimmt auch mit den Krankheitsstagen zusammen: die erste Gruppe weiß durchschnittlich 60 und die zweite Gruppe 60 Krankheitsstage im Jahre auf. Am meisten werden die Schriftgießer von der Bleikrankheit betroffen. Beim Abschöpfen oder Abschleifen des sogenannten Gießfußes entsteht feinstes Bleistaub und wird mit den Atmungsorganen aufgenommen. So kommt es, daß 70 Proz. auf die Schriftgießer entfallen.

Wie verhält es sich nun mit der Abgaugung über den Bleistoffen bei Sehmashinen, soweit sie elektrisch beheizt werden? Treten überhaupt bei den elektrisch beheizten Linotypsehmashinen Dämpfe auf, die abgelaugt werden können oder ist aus andern Gründen die Abgaugung militärischwert? Der Redner legt nun die rein wissenschaftlichen Versuche dar, die gemacht wurden, um die angeführte Frage beantworten zu können. Seiner Überzeugung nach ist eine Bleivergiftung durch Bleidämpfe bei elektrisch beheizten Sehmashinen nicht zu befürchten. Das kommt noch etwas andres hinzu. Die Abgaugungen sollen nicht nur die Bleidämpfe, sondern überhaupt die Temperaturen abfugen, die über dem Bleistoff natürlich hoch sind. Durch unermutete Messungen wurden oft in Seherien Temperaturen von 25 Grad im Winter und 35 Grad im Sommer festgestellt. Diese hohen Temperaturen bedingen, namentlich im Winter, zusammen mit der Lufttemperatur, eine erhöhte Erftaltungsgesfahr. Die Frage, ob überhaupt eine Abgaugung über der Sehmashine vorhanden sein soll, richtet sich nach der allgemeinen Hygiene des Arbeitsraumes. Hat man einen luftigen Arbeitsraum, dann kann man auf die Köhre verzichten. Bei den Linotypsehmashinen kann direkt über dem Kessel abgelaugt werden, was wohl meistens geschieht. Nicht so einfach liegt die Sache bei der Monotypsehmashine, da hier die Abgaugung seitlich zugeführt werden muß. Diese Sache ist noch nicht technisch gelöst. Wird die Abgaugung in einer scharfen Biegung angebracht, dann besteht die Gefahr, daß das Blei sich an der Ecke direkt niederlagert und sich so geradezu ein Bleidepot von feinstem Bleistaub bildet.

Das Blei ist es nicht allein, das für Gesundheitschädigungen in Frage kommt. Wir haben es mit Legierungen zu tun. Da erhebt sich nun die Frage, ob nicht auch das Antimon eine gesundheitschädliche Rolle spielt. Durch das Leipziger Hygienische Institut wurde festgestellt, daß Antimon Verdauungsbeschwerden, allgemeine Nervosität, Kopfschmerzen usw. verursacht. Es ist nachgewiesen, daß beide Metalle zusammen Gesundheitschädigungen herbeiführen können.

Zur Vermeidung von Gesundheitschädigungen ist die Staubabgaugung außerordentlich wichtig. Die Wände müssen gut geölt sein, damit sie leicht zu reinigen sind, auch sollen sie möglichst fugelos sein. Dazu muß kommen, daß der Arbeiter selbst vorsichtig bei den verschiedenen Manipulationen mit dem Metall hantiert. Mit der größte Wert ist auch auf ein sorgfältiges Waschen der Hände zu legen. Man hat gefunden, daß das Waschen der Hände oft mangelhaft geschieht. Es müsse gefordert werden, daß warmes Wasser, Seife, Bürste und Handtuch zur Verfügung stehen. Diese Forderung ist gesetzlich festgelegt.

Am Schluß seiner Ausführungen gab der Redner der Meinung Ausdruck, daß die gesundheitlichen Bedürfnisse im Buchdruckgewerbe nicht als schlecht zu bezeichnen sind. Man habe es dort mit einer gelehrten Arbeiterkategorie zu tun, die eben sozial schon höher steht und auf die Hygiene mehr achtet, als es vielleicht in andern Berufszweigen der Fall ist. Die Schädigungen seien vielfach vermeidbar durch Reinlichkeit, die sich beziehen muß auf den Arbeitsraum und andererseits auf die Person selbst. Die Vorschriften dazu sind vorhanden durch die Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 7. Juni 1930.

Dem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag schloß sich eine ergiebige Aussprache an, an der sich sowohl die Mitglieder des Gau's Oberheim, wie auch die Schweizer Gäste beteiligten. Kollege M a s c h (Basel) bemängelte, daß die Erkennung der Weickrantheit noch sehr im argen liege. Man habe die Beobachtung gemacht, daß die Weickrantheit erst in dem Moment erkannt wird, wo es in der Regel zu spät ist. Erreuten die Lähmungssymptome ein, dann sei der Betreffende gewöhnlich schon ein Todesfall. Aufgabe der Wissenschaft wäre es, auf diesem Gebiete etwas mehr zu arbeiten wie bisher. Ein Schweizer Forscher, der sich speziell der Behandlung von Weickranken widme, habe durch Behandlung derselben mit elektrolytischen Bädern schon ganz schöne Erfolge erzielt. Dieser Forscher werde aber von den Herren Doktoren abgelehnt, da er nicht zu ihrer Jurist gehöre. Kollege R o m b a c h (Freiburg) machte darauf aufmerksam, daß in letzter Zeit die Frage aufgeworfen wurde, ob bei elektrisch beheizten Sehmäschinen die Abzugsrohre noch notwendig seien. Die Kontrollbeamten, die in der letzten Zeit durch die Sehmäschinräume der Freiburger Druckereien gegangen sind, haben ein großes Interesse für diese Angelegenheit gezeigt. Man habe in jeder Druckerei beobachtet können, daß hier irgend etwas vor sich geht. Heute lautet schon das Urteil so, daß die an elektrisch beheizten Sehmäschinen angebrachten Abzugsrohre bei gut gelüfteten Räumen direkt überflüssig wären. Er sei der Meinung, daß die Abzugsrohre sehr wünschenswert seien, und es wäre ein Fehler, wenn die Berufsgenossenschaft zugebe, daß die Abzugsrohre in den Räumen entfernt werden können. Solange die technischen Einrichtungen nicht so einwandfrei arbeiten, daß eine Überhitzung des Metalls nicht eintreten kann, solange verlangen wir Maschinenfehler Abzugsrohre. Gauvorsitzer S a n d f o r t bemerkte, daß der Vortragende ganz richtig darauf hingewiesen habe, daß der Hauptgrund für Erkrankungen die Unreinlichkeit in den Betrieben ist. Wenn man in manche Druckereien und Sehmäschinenabteilungen komme, so muß man sich wundern, daß die Gewerbeinspektion dort, wo die hygienischen Verhältnisse so wünschenswert sind, nicht durchgegriffen habe. Kommt heute der Beamte von der Gewerbeaufsicht, dann kommen unsere Herren Prinzipale als Führer mit. Es ist dann selbstverständlich, daß die Kollegen bei Anwesenheit des Prinzipals dem Beamten nicht alles das sagen, was sie auf dem Herzen haben. Ein Unternehmer, der sich eine Sehmäschin leisten kann, muß so viel Geld ausbringen, daß die Bundesratsvorschriften durchgeführt werden können. Das Zeileneinschmelzen gehöre unbedingt verboten. Die Kollegen, die jahraus jahrein ihre Gesundheit opfern, müßten soweit wie möglich gegen Gesundheitschädigungen geschützt werden. Der Vorsitzende, Kollege S e r m a n n M i l l e r, ging auf die Nacharbeit ein, die eine große Notwendigkeit erzeuge. Bei den Maschinenlehrern sei die Nacharbeit voll in dem Augenblick ein, als man den Bädern die Nacharbeit verboten hatte. In Freiburg sei die Nacharbeit so ausgeprägt, daß die Hälfte der dortigen Maschinenlehrerkollegen bei Nacht arbeiten müsse. Wenn der Vortragende geglaubt hat, daß nur noch in wenigen Druckereien Zeilen eingeschmolzen werden, so könne er ihm sagen, daß 75 Proz. aller Druckereien noch Zeilen einschmelzen. Heiterkeit erregte die Mitteilung, daß bei einer vor einigen Monaten aufgenommenen Statistik ein Kollege den Luftinhalt seines Sehmäschinraumes mit 1,5 Kubikmeter angab. Mit der Wassergelegenheit hapere es auch oft in manchen Betrieben, warmes Wasser stehe fast nirgends zur Verfügung. Er kenne Betriebe, wo die Kollegen vielleicht alle Monate einmal ein Handtuch bekommen.

Unter allgemeiner Heiterkeit richtete ein Kollege die Anfrage an den Referenten, ob er sich zum Schnupfen der Maschinenlehrer verhalte, wie mit dem Schnupftabak Weickstaub aufgenommen werden könne. Kollege L e h m a n n von der schweizerischen Zentralkommission ging auf die hygienischen Verhältnisse in den Schweizer Druckereien ein. Seit die Sehmäschinen bestanden, dauere der Kampf um die Besserung der hygienischen Verhältnisse an, und die Schweizer Kollegen hoffen, daß er endlich einmal ein Ende nimmt. Auch bei ihnen sei es üblich, daß mit dem Inspektor der Prinzipal komme. Bei der jetzigen Tarifrevision verusche die Zentralkommission, hygienische Bestimmungen in den Tarif mit hereinzubringen. In hygienischer Beziehung hapere es in der Schweiz sehr, die Bäden und die Wände werden nicht gereinigt und der Staub wirbelt überall herum. Die Inspektoren sehen nichts, auch wenn sie Brillen aufhaben. Auf die Beleuchtung wird gar kein Gewicht gelegt, trotzdem man weiß, daß die intensive Anstrengung der Augen ebenfalls krankheitsfördernd ist. In dieser Beziehung müsse ebenfalls mehr geschahen, als bisher geschahen ist. Das Referat des Herrn Hofmann zeigte Verhältnisse für unsere Bestrebungen. Wenn wir einmal die Wissensgätter auf unserer Seite haben, dann werden wir auch endlich zum Ziele kommen.

In seinem Schlusswort führte Herr Professor Dr. S o l m a n n aus, daß verschiedene Anfragen durch seinen Vortrag getätigt worden seien. Es komme darauf an, wie die technischen Einrichtungen sind. Sind sie schlecht, so müssen mehr hygienische Vorschriften erlassen werden, als wenn sie gut sind. Die medizinische Wissenschaft habe gerade hinsichtlich der frühzeitigen Erkennung der Weickrantheit in den letzten Jahren große Fortschritte gemacht. So sei z. B. heute eine Weickrantheit etwas sehr Seltenes dank der frühen Erkennung durch die Ärzte. Bezüglich der Behandlung soll man nicht gleich jedem Propheten, der mit irgend etwas auftritt, glauben. Es sei wie im Alten Testament, die Baalspropheten sind immer noch häufiger als die wahren Propheten. Die elektrolytischen Bäder,

wie sie jetzt ein Schweizer Forscher anwende, seien unraff. Sie sind ganz nützlich, weil sie auf die Schweickbildung wirken und eine beschleunigte Auscheidung herbeiführen. Man solle aber nicht glauben, daß sich die Sache so einfach verhält. Das Meie ist organisch gebunden an Eiweißmoleküle und lasse sich nicht einfach ausschleiden wie etwa Weickniederfall. So darf man sich das nicht vorstellen. Den Aufsichtsbearbeiter habe man wenig Gutes nachgehagt. Darauf müsse er erwidern: Im Deutschen Reich sei so viel verboten, man rufe oft auch gleich nach dem Mittel und Polizeistof. Der Aufsichtsbearbeiter komme einmal im Jahr in den Betrieb. Dort spreche er mit dem Betriebsrat und dieser hat die Möglichkeit, Klagen vorzubringen. Das Betriebsratsgesetz ist dafür geschaffen, daß sich die Arbeiter selbst helfen. Warum geht der Betriebsrat nicht hin und wendet sich schriftlich an den Gewerbeaufsichtsbearbeiter? Durch Selbsthilfe könnte etwas mehr geschahen als es bisher der Fall war, die gesetzlichen Vorschriften sind dazu da. Bezüglich des Schnupfens müße er sagen, daß durch dasselbe die Weickaufnahme nicht geringer werde, im Gegenteil, dadurch wächst sie, besonders wenn das Schnupfen mit feinhaltigen Fingern erfolge. Als Weickmittel ist das Schnupfen nicht zu empfehlen.

Unter dem Punkt „Mitteilungen“ kam der Vorsitzende auf die vergangene Tarifrevision zurück und bedauerte, daß zur Frage der Arbeitszeitverkürzung auf dem Kongress in Frankfurt kein Euentualantrag gestellt wurde. Bei der nächsten Tarifberatung müße dafür gesorgt werden, daß beim Arbeiten in Doppelschicht am Sonnabendmittag kürzer gearbeitet wird. Bezüglich der Ferien wurde gewünscht, daß die Kollegen möglichst nicht auf die Abgeltung derselben eingehen sollten, sondern daß für den in die Ferien gehenden Kollegen eine Aushilfe eingestellt wird. Arbeitslose Maschinenlehrer seien genau vorhanden. In vielen Betrieben werde an der Sehmäschin eine Kontrolle vorgenommen und da gebe es leider Kollegen, die nicht imstande wären, ihre Leistungen zu berechnen. Die aufgestellte Freiburger Berechnungskommission habe seit ihrem Bestehen schon mehreren Kollegen mit Rat und Tat beigegeben. So konnte einem Prinzipal, dem seine Maschinenlehrer nach seiner Ansicht zu wenig leisteten, nachgewiesen werden, daß dieselben mehr verdienten, als sie an Lohn erhielten. — In einigen Freiburger Druckereien habe der Lohnabbau eingeleitet. Diese Frage wurde einer eingehenden Besprechung unterzogen und Auffklärung über die rechtliche Seite des Abbaues der Leistungszulagen gegeben. Der Maschinenlehrerstreik in der „Deutschen Tageszeitung“ wurde ebenfalls einer eingehenden Besprechung unterzogen. — Als Ursachen der großen Arbeitslosigkeit wurden angeführt das Darniederliegen der Wirtschaft und die scharfe Rationalisierung. Obwohl fast gar keine Sehmäschinen mehr aufgestellt werden und auch die Arbeitslosigkeit unter den Maschinenlehrern einen bedeutenden Umfang angenommen habe, werden die Sehmäschinenschulen trotzdem nicht geschlossen. Die Kollegen, die in diesen Schulen lernen, haben in der Regel keine Möglichkeit, in irgendeinem Betriebe unterzukommen. Und trotzdem sind unsere Kollegen so kurzfristig und tragen ihr sauer verdientes Geld auf die Sehmäschinenschulen. Es gibt Kollegen, die eine feste Stellung verlassen, um nur an die Sehmäschin zu kommen. Bei Eingabe von Offerten auf offene Stellen werden von manchen Kollegen oft Leistungen angeboten, die unbedingt zu verwerfen sind. So habe sich ein Kollege in einem Bezirk mit einer Stundenleistung von 12 000 Buchstaben angeboten; einen entsprechenden Lohn habe er aber nicht verlangt. Die Kollegen sollten bei Bewerbungen keine Leistungsangaben machen, denn sie sind nicht unterrichtet über die Verhältnisse in der betreffenden Druckerei, über den Zustand der Maschine sind sie auch nicht unterrichtet usw.

Der Geschäfts- und Kassenbericht, der Bericht der Technischen Kommission sowie der Situationsbericht der einzelnen Bezirke lassen gedruckt vor. Von einer Aussprache hierüber wurde Abstand genommen. Der Gesamtvorstand wurde in seiner bisherigen Zusammenfassung einstimmig wiedergewählt. Als Ort der nächsten Generalversammlung wurde Freiburg i. Br. bestimmt.

Der in allen Teilen harmonisch verlaufenen Versammlung folgten noch einige Stunden gemüthlichen Besprechens. Nur zu bald schlug die Stunde des Abschieds vom Trompetersfähigen Säckchen. Man trennte sich in dem Bewußtsein, neben genussreichen Stunden auch lehrreiche erlebt zu haben.

Freiburg i. B.

A. S.

Korrespondenzen

Augsburg. Der hier geplante Jungbuchdruckerstag findet nicht zu Pfingsten, sondern erst am 18. und 20. Juli (siehe Gaumittelungsblatt Nr. 4) im „Volks- und Eisenhammerstraße, statt. Meldungen sind an den Ortsvereinsvorsitzenden Reinhard Stier, Oststraße 9c, zu richten.

Bielefeld. Unsere zweite Bezirksversammlung am 18. Mai in Dissen war von 625 Kollegen, etwa 92 Proz. aller Kollegen unseres Bezirkes, besucht. Zur Begrüßung sang der Kollegenchorverein Dissen „Heil Gutenberg“. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte die Versammlung der im letzten Quartal verstorbenen Kollegen. Unter „Gesellschaftlich“ führte Vorsitzender Strachmann Klage über den schlechten Eingang der Gau-Verhaltensstatistiken. Ferner teilte er mit, daß zwei Firmen in unserem Bezirk wegen Nichtentfernung eines überflüssigen Lehrlings vom Arbeitsgericht zu Geldstrafen von 7000 M. bzw. 50 M. verurteilt worden sind. Lehrlingsleiter F i s c h e r gab einen kurzen Bericht von der Barmer Bezirksleiterkonferenz, wies nochmals auf den Bezirksjugendtag des MVB. hin

und teilte mit, daß vom 1. bis 5. Oktober eine Lehrlingswerbeweise stattfindet. Am 5. Oktober findet aus Anlaß des jährlichen Bestehens der Lehrlingsabteilung ein Bezirksjugendtag in Bielefeld statt. Kollege S e l l e m a n n berichtete ausführlich von der Brauchauschüßvertreterkonferenz in Köln. In unserem Bezirk sollen die Zwischenprüfungen im Juni/Juli abgehalten werden. Hierauf folgte dann ein aktueller Vortrag des Kollegen M l e r c h t vom Gauvorsitz in Köln: „Die gewerkschaftliche Lage, unter Berücksichtigung der politischen Verhältnisse“. Der Redner verstand es in ausgezeichnete Weise, die Struktur der Wirtschaft klarzumachen, die Wege der Gewerkschaften aufzuzeigen und richtete zum Schluß an die Arbeiterchaft den Appell zur Einigkeit und Geschlossenheit, um eine wirtschaftliche Macht zu bilden, damit wir auf dem sozialpolitischen Gebiet nicht zurückgeworfen werden, sondern vorwärts schreiten. Diesen patenden Ausführungen wurde langanhaltender Beifall gezollt. Kassierer S o l z gab zu dem gedruckt vorliegenden Kassenbericht noch Erklärungen. Ihm wurde Entlastung erteilt. Unter „Geldbewilligung“ wurden für den Jugendtag 250 M., für die anwesenden arbeitslosen und invaliden Kollegen je 5 M. und für den Ortsverein Dissen 30 M. bewilligt. Hierauf erfolgte die Erhebung der diesjährigen Jubilare und Begrüßung der Neuausgewählten. Kollege M l e r c h t gedachte zunächst in schönen Worten der 92 Jubilare und übermittelte ihnen die Glückwünsche des Gauvorstandes, worauf er die Begrüßung der 38 Neuausgewählten vornahm, denen er beherzigenswerte Worte zur Aneignung widmete. Zum Schluß bereitete noch der Graphische Gesangsverein den Jubilaren eine Ovation. Unter „Besichtigungen“ wurden einige interne Angelegenheiten erledigt.

Düsseldorf. (Drucker.) Unser Lichtbildvortrag am 14. Mai gefaltete sich zu einem vollen Erfolg für unsere Vereinigung. Nahezu 130 Kollegen waren anwesend, die den interessantesten Ausführungen des Herrn S c h m i t t von der Chr. Hofmann-Steinbergischen Farbenfabriken in Celle bei Hannover über „Die Entdeckung der Buchdruckfarbe und ihre Verwendung in der Praxis“ folgten. Ergänzend zeigte der Vortragende an Hand von Lichtbildern die einzelnen Arbeitsvorgänge bei der Herstellung der Buchdruckfarbe. Die eingehende Diskussion gab den Kollegen manchen Fingerzeig in der Weiterverarbeitung und Behandlung der Farbe. Allgemeine Bewunderung fand ein Dreifarben-Offsetdruck — gegenübergestellt der gleichartigen Reproduktion in Buch- und Textdruck —, mit dem die genannte Firma ihre Leistungsfähigkeit auf dem Gebiet der Farbenfabrikation für das graphische Gewerbe beweisen konnte. Abschließend z i m m e r dankte dem Vortragenden für seine lehrreichen Ausführungen und dem Vertreter der Firma, Herrn Stiel (Köln), für seine Vermittlungen zu dem Lichtbildvortrag. Einige der Sparte noch nicht angehörende Kollegen meldeten ihre Aufnahme an. Hoffentlich nehmen in Zukunft unsere Kollegen in demselben Ausmaß an unsern Versammlungen teil, wo auch über unsere tariflichen Spezialangelegenheiten Aufklärung gegeben wird.

Kassel. (Maschinenlehrer.) Am 11. Mai unternahm unsere hiesige Vereinigung eine W a n d e r e r z a m m u n g nach Schwwege. Trotz unbedingten Wetters trauten sich eine größere Anzahl Kollegen, zum Teil mit Frauen, einzufinden, so daß der bestellte Autobus für rund 50 Personen voll besetzt wurde. In angenehmer, langsamer Fahrt ging es dann über Hannover-Milben durch das schöne Werratal zunächst bis Sooden-Allendorf, wo ein Frühstück eingenommen wurde. Danach folgte ein Rundgang durch das kleine Badefäßchen, um dann die Fahrt weiter bis Schwwege anzutreten. Wieder bekam das Auge schöne, idyllische Plätze der Natur zu sehen. Kurz vor Schwwege wurden wir von den dortigen Kollegen empfangen und selbige lotften uns mit ihrem kleinen Auto durch die Stadt zum Versammlungstafel, wo sich bereits die Kollegen aus Hannover-Milben und Melungen eingefunden hatten. Dort angekommen, wurde ein gemeinsames Mittagessen eingenommen. Anschließend daran unternahm die Frauen unter Führung der dortigen Kollegen einen Rundgang durch die Stadt. Für die Kollegen selbst fand während dieser Zeit die Versammlung statt, in der Kollege P a u l über „Das Berechnen von Maschinenlag“ einen interessanten Vortrag hielt. Die Schweizer Kollegen hatten auch für Unterhaltungsmusik gesorgt und so wurde dann später feißig das Tanzen geschwungen und die Fidelitas kam zu ihrem Recht, da fast ununterbrochener Regen den Genuß der Natur Schönheiten Schweges leider unmöglich machte. Nur aufrecht mußten wir die Rückreise antreten, um den monotonen Alltag wieder zu beginnen. Für alle Anwesenden dürften die Stunden in angenehmer Erinnerung bleiben.

Allgemeine Rundschau

Meisterprüfung. Im Handwerkskammerbezirk Berlin bestanden folgende Kollegen die Meisterprüfung: Felix Buchfeld, Fritz Funke, Wilhelm Holzmann, Artur Laue, Erich Meißner, Paul Ritz, Otto Steinbeiß; sämtlich aus Berlin. Sechs Prüflinge bestanden die Prüfung nicht.

Gehilfenprüfungen. Vor der Handwerkskammer H e i l b r o n n fanden am 10. und 24. Mai die Gehilfenprüfungen statt, zeitlich etwas verspätet gegenüber den früheren Jahren. Es hatten sich 21 Seher, 10 Drucker und ein Galvanoplastikerlehrling eingefunden. Davon erhielten von den Sehern 7 Gut, 13 Befriedigend; von den Druckern 2 Recht gut, 2 Gut, 2 Befriedigend, 3 Genügend und einer Ungenügend. Der Galvanoplastiker brachte es auch nur auf Ungenügend. Im allgemeinen konnte das Resultat nicht befriedigen. So sah sich die Kommission veranlaßt, sowohl den Drucker wie auch den Galvanoplastikerlehrling wegen mangelnder Kenntnisse zurückzuweisen. — Zu der im Monat Mai in der Berufsschule in W a r m e n abgehaltenen Gehilfenprüfung hatten sich 11 Seher und 5 Drucker gemeldet. Es erhielten im Praktischen 2 Seher die Note Gut, 8 Seher Genügend und ein Seher Ungenügend; ein Drucker Gut, einer Genügend und 3 Ungenügend. Im Theoretischen erhielten 4 Seher die Note Gut, 6 Genügend und einer Ungenügend; ein Drucker Gut, 3 Ungenügend. Es haben demnach ein Seher und 3 Drucker die Prüfung nicht bestanden.

Auswanderung nach Südamerika betreffend. Auf Grund eines gelegentlichen Situationsberichts, den uns ein Kollege aus Pretoria sandte, wandten sich verschiedene aus-

wanderungslustige Berufsgenossen an diesen mit der Bitte, ihnen Stellung zu verschaffen. Leider stehen einem solchen Bemühen nicht geringe Schwierigkeiten entgegen. Zunächst müssen Reflektanten die englische Sprache beherrschen, dann muß nach den Einwanderungsbestimmungen jeder Einwanderer 50 bis 60 Pfund Sterling (1000 bis 1200 Mark) bei der Landung vorzeigen können. Weiter wird eine Person für den Einwanderer bürgen und sich verpflichten, zwei Jahre für ihn zu sorgen. Der betreffende Bürger muß überdies nachweisen, daß er sich in einer Dauerstellung mit gutem Verdienst befindet. Viele junge Deutsche ohne Sprachkenntnisse sind im Laufe der Zeit in Südafrika zugewandert in der Hoffnung, dort eine Stellung zu finden. Sie befinden sich — wie aus einem Artikel der „Deutschen Südafrika-Post“ in Johannesburg hervorgeht — in schwerer Not, da alle ihre Hoffnungen fehlschlagen. Das Geld, das sie mitbrachten und dem Einwanderungsbeamten vorzeigen mußten, ist bald aufgebraucht und sie sind gezwungen, fremde Hilfe in Anspruch zu nehmen. Die meisten bitten um Zurückzahlung in die alte Heimat. Für diesen Zweck stehen aber weder dem Generalkonsulat, noch auch der Zeevertreter irgendeine Mittel zur Verfügung. Daher lehnen beide ein Einverständnis ab. Nach alledem kann nicht dringend genug vor Auswanderung nach Südafrika gewarnt werden, sofern nicht die nötigen Voraussetzungen — Sprachkenntnis und genügende Barmittel — vorhanden sind.

„Das rote Gespenst.“ Unter dieser Überschrift brachte die deutsch-amerikanische „Buchdruckerzeitung“ einen interessanten Artikel, der ein grelles Schlaglicht auf die gegenwärtigen Verhältnisse im Lande der unbegrenzten Möglichkeiten — auch der Unmöglichkeit — fallen läßt. Im Schluß des Artikels heißt es: „Wir leben in einer farnischen Welt, speziell in Amerika, und selbst als klar sehender, klar denkender Mensch von Zielbewußtsein möchte man sich manchmal fragen: Was soll das noch geben? Wohin soll das führen? Es ist wahr: die amerikanische sozialistische Bewegung ist heute in politischer Hinsicht auf dem Gipfelpunkt angelangt. In der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung herrscht momentan geistiger Stillstand — man möchte beinahe sagen: Nihilismus der Intelligenz. Millionen von Arbeitlosen leben hoffnungslos und ziellos dahin, wie das Feuerlose Schiff auf hoher See. Die herrschenden Klassen in Industrie, Handel und Hochnoz Wirtschaften drauf los wie einst der französische Feudaladel unter Ludwig dem Biergeboten: Nach uns die Sintflut.“ Doch angeht es nicht dieser traurigen Verhältnisse sind wir vor der felsenfesten Überzeugung, wie sie Schiller dem wackeren Schweizer Freiheitskämpfer in den Mund gelegt: „Es führt kein anderer Weg nach Kältnacht!“ Die nächste Zukunft wird uns recht geben: Es führt kein anderer Weg aus der heutigen trostlosen, hoffnungslosen Wirtschaft und Gesellschaftsordnung, als der wissenschaftliche Sozialismus, eine auf diesen gesunden Grundlagen basierende sozialistische Volksbewegung. Ein anderer Weg führt nicht nach Kältnacht — ein anderer Weg führt nicht zur Freiheit des Volkes, zur Freiheit, welche Brot und Leben bedeutet.“

Inhaltbarer Schiedsspruch für die Eisenindustrie Nordwest. Nach langwierigen Schlichtungsverhandlungen in Bad Nenndorf, unter dem Vorsitz von Professor Brach, wurde am 26. Mai ein Schiedsspruch für die Nordwestgruppe der Eisenindustrie gefällt, der die Arbeitslosen aufhebt, die seinerzeit nach dem großen Kampf der Metallarbeiter durch Coverings eingeleitet wurde. Durch diese Klausel waren die über tarifmäßige Arbeitslosen tarifvertraglich festgelegt worden. Die geltenden Arbeitslosen dürften nicht verändert werden, soweit das nicht durch wesentliche technische und organisatorische Veränderungen oder Neuerungen in der Eisenindustrie erforderlich ist. Die Schwerindustriellen haben ihrerseits das Angebot gemacht, die Eisenpreise zu senken, falls bei der neuen Lohnregelung, die erst im Herbst fällig ist, eine zehnprozentige Senkung der Löhne zur Durchfuhr gelangt. Man will sich also schon jetzt für die notwendige Preisreduzierung, die bereits längst hätte durchgeführt werden können und müssen, an den Arbeitern schadlos halten. Vom Metallarbeiterverband wurde folgende Erklärung zu dem gefällten Schiedsspruch veröffentlicht: „Der Deutsche Metallarbeiterverband hat in der Sitzung in einer Erklärung entschieden

Einspruch gegen die Behandlung des Abbaues der überverdienten der Arbeiter in der Schlichterkammer erhoben. Er ist der Auffassung, daß der von den Unternehmern geforderte Lohnabbau für die gesamte rheinisch-westfälische Eisen- und Stahlindustrie eine außerordentliche Gefahr in sich birgt. Nicht Lohnabbau, sondern Sicherung des gegenwärtigen Lohnstandes muß auch in dieser Zeit das Ziel einer weitestgehenden Lohn- und Wirtschaftspolitik sein. Da besonders die qualifizierten Facharbeiter sowohl in der erzeugenden als auch in der weiterverarbeitenden Industrie von dem geplanten Abzug am stärksten betroffen werden, werden sie sich diese Maßnahmen nicht gefallen lassen und auf eine entschiedene Abwehr einstellen. Hierzu spricht ihnen der Deutsche Metallarbeiterverband seinen weitestgehenden Schutz zu. Wird durch die Weiterverfolgung der Pläne der Unternehmer der Schwerindustrie eine Erschütterung des Wirtschaftslebens hervorgerufen, so fällt die Verantwortung lediglich auf ihre Urheber. Der Deutsche Metallarbeiterverband erklärt sich auch grundsätzlich gegen eine Herabsetzung der Verdienste, weil dadurch die Kaufkraft der breiten Masse weiter empfindlich geschwächt würde. Auch sachlich hält der Deutsche Metallarbeiterverband den Antrag auf Lohnabbau nicht für begründet. Die Geschäftsabstufung der Werke im vergangenen Geschäftsjahr sind durchaus als günstig zu bezeichnen.“ Am Samstagabend nahm eine Vertreterkonferenz des Metallarbeiterverbandes, Bezirk Essen, gegen den Schiedsspruch Stellung. Diese Konferenz lehnte den Schiedsspruch einstimmig ab, weil die arbeitsgerichtlichen Entscheidungen zuwiderlaufenden Bestimmungen über den Rahmenarbeitsvertrag, über das Betriebsrisiko und die Urlaubserweiterung gegen den Antrag des Deutschen Metallarbeiterverbandes und des Gewerkschaftsverbandes nicht befestigt, sondern von der Mehrheit der Schlichtungskammer die Arbeitslosen zur Übernahme der Verantwortung unverändert wieder aufgenommen wurden. Ferner heißt es in der Erklärung: „Die Konferenz lehnt den Schiedsspruch weiter ab, weil die Mehrheit der Schlichtungskammer die Arbeitslosen zur Übernahme der Verantwortung verpflichtet hat. Die Vertreterkonferenz sieht besonders in der letzten Maßnahme sowie in der Ankündigung eines 10prozentigen Abbaues der überverdienten durch die Unternehmer eine ungeheure Provokation der Arbeiterklasse, die geeignet ist, starke Beunruhigungen in den Betrieben hervorzurufen. Die Vertreterkonferenz verurteilt auf das Schärfste, daß der christliche Metallarbeiterverband schon vor Bildung der Schlichtungskammer bei Parteiverhandlungen Vorschläge machte, die Arbeitslosenverdienste (wie beim Stahlwerk Breda) abzubauen in einer Zeit, in der die Existenzbedingungen für die Arbeiterklasse ohnehin von Feindschaften und dergleichen stark beeinträchtigt werden. Die Konferenz beauftragt ihre Vertreter, eine etwaige Reichsgerichtsentscheidung des Schiedsspruches durch das Reichsarbeitsministerium mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu verhindern.“ Der Schiedsspruch soll wegen seines experimentellen Charakters bis zum 31. Mai 1931 befristet sein. Er kann erstmalig am 1. April 1931 gekündigt werden. Die Erklärungstrift für die Parteien liegt am 2. Juni ab.

Englische Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Das englische Unterhaus genehmigte am 30. Mai in seiner 280 gegen 223 Stimmen das von der Arbeiterregierung zur Verringerung der Arbeitslosigkeit bestimmte Schulgesetz. Es erhöht in England und Wales für 400 000 Kinder das schulpflichtige Alter um ein Jahr. Für Schottland, wo die Arbeitslosigkeit am stärksten ist, wird in den nächsten Tagen ein ähnliches Schulgesetz dem Unterhaus unterbreitet. Die Mehrheit für dieses Gesetz ist ebenfalls gestiegen, so daß künftig 1 1/2 Millionen englische Volksschüler ein Jahr länger vom Arbeitsmarkt ferngehalten werden. Die Vorlagen betreffen das Staatsbudget mit rund sechs Millionen Pfund, denen eine Ersparnis von drei Millionen Pfund an Arbeitslosengeldern gegenübersteht.

Kampf gegen Lohnabbau. Seit Wochen streiken in der Weberei Maulburg (Baden) sämtliche Automatenweber und Spulerrinnen, weil sie statt wie bisher 12, künftig 16 Stühle bedienen sollen und der Lohn pro 1000 Schuh um etwa 20 Proz. gekürzt wurde. Der Kampf hat neuerdings eine Erweiterung infolge erfahren, als infolge des Streiks die Spulerrinnen in Maulburg auch die Spinner

und Weber des Zweigbetriebes Steinen ausgesperrt wurden. — Nach dem Vorbild der Schwerindustrie beschäftigt neuerdings auch der Arbeitgeberverband der rheinischen Ziegeleindustrie, einen 15prozentigen Lohnabbau vorzunehmen. Außerdem soll der Urlaub der Ziegeleitarbeiter vermindert werden. 10 Stunden und mehr sollen die Ziegeleitarbeiter täglich ohne jeden Aufschlag leisten. Das Monatsgehalt der Meister wird man von 265 M. auf 160 M. kürzen. Außerdem sollen die Meister, die bisher mietfrei wohnten, künftig 5 Proz. ihres Einkommens an Miete entrichten.

Briefkasten

R. S. in M.: Es ist unglücklich, was aus „erleuchteter“ Seite der Unternehmerkreise im Hinblick auf die Wiederbelebung der Wirtschaft zu produzieren vermögen; noch unglücklicher aber, wenn Schriftsteller, wie im vorliegenden Falle, „Der Maschinenmarkt“, solchen Unsinns durch Aufnahme noch verbreiten. Wenn Dank für Zufriedenheit — R. S. in M.: Eine derartige demagogische Verleumdung und Verhöhnung der von mir in den vergangenen anderthalb Jahren geleisteten Transaktion sollte gerade nicht — R. S. in M.: Wird mit besten Grüßen erwidert. — R. S. in M.: Solch vorbildliches Wirken verdient Anerkennung und Dank. Frdl. Gruß. — G. S. in V.: Jnl. 632: 9 M. — F. M. in S.: Rabat wird nicht gewährt.

Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 61, Dreilindenstraße 5. Fernruf: Amt Bergmannstr. 1191, 3141 bis 3145. Hauptkonto: Bank der Arbeiter, Waisen und Waisen, N. O. Berlin S 14, Bismarckstraße 65. Volkshilfskonto Berlin Nr. 1023 87 (S. Schweinitz). Geldleistungen an den „Kor.“ auf Volkshilfskonto Berlin NW Nr. 268 10 unter „Geldhilfsstelle des Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker“. Berlin SW 61.

Statistikarten einlesen!

Spätester Einlieferungsfrist für den 5. Juni. Statistika für die Abholung der Arbeitslosen 31. Mai. Auf richtige Frankierung der Statistikarten ist zu achten.

Leipzig. Der Maschinenbauer Karl Friedrich, geb. in Leipzig 1905 (Hauptbuchnummer 132 262), wird hiermit aufgefördert, sich sofort im Vereinsbüro zu melden.

Adressenveränderungen

Aue (Graeb.). Vorsitzender: Hans Schneider, Mozartstraße 10. Witten. Vorsitzender: Karl Hanauer, Ludwigstraße 10. Gera. Die Kassenschätze übernimmt am Freitag, dem 6. Juni, mit der Kassiererin Max F. o. G., Breitenstraße 31. G. G. (West und Dr.). Vorsitzender: Gerhard Kretzschmar, Gagen-Säule, Weberstraße 70. Delsl. I. Schell. Vorsitzender: Walter Strecker, Herrmannstraße 9; Kassierer: Alfred Grünter, Färberstraße 6.

Neue- und Arbeitslosenunterstützung

Wichtig! Da mit der Unversicherung der hiesigen Kollegen wiederholt Widerspruch getrieben wurde, lehren wir uns veranlassen, folgendes zu verlangen: Ausgehende und nichtgehende Beschäftigte müssen die Hälfte der Arbeitslosenunterstützung von einer Zahlstelle zur anderen haben, ohne Erlangung des Dringlichkeitsbescheides. Vor dem Umständen ist erst beim Zahlstellenverwalter zur festgelegten Anzahlzeit vorzusprechen. Wandaue. In der Zeit vom 16. bis 21. Juni bleibt das Vereinsbüro in den Vormittagsstunden geschlossen und für die Mitglieder nur nachmittags von 4 bis 7 Uhr geöffnet. Für Sonnabends bleibt die Zeit wie auf den Requisitionen angegeben. Die Verwalter der angrenzenden Zahlstellen wollen bitte die reisenden Kollegen auf diese Notiz aufmerksam machen. Wandaue. Der ausgediente Leber Paul Dittler (Hauptbuchnummer 218) bezieht die Dringliche Bescheinigung über den Weg des hiesigen Beschäftigten eine Entsch. von 3 M. und weitere „keine Ansehen“. Wir bitten die Zahlstellenverwalter, Dittler darauf hinzuweisen, daß er im Interesse unserer reisenden Kollegen und im Ansehen unres. Verbandes eine Realisation treffen will.

M. G. H. Kassierer: Johann Antweiler, Eiserne Straße 257. Das Dringliche für die zurückreisenden Kollegen wird nach wie vor auf dem Büro des ADWB, Dringlichkeitsstelle, G. G. (West), Rathenaufstraße 41, ausgeschrieben. Wir bitten die reisenden Kollegen, nicht in den einzelnen Dringlichen vorzugehen, sondern auch in Anbetracht von Wirtschaft. Statistik. Der Gebet „Hilf mir“ (Hauptbuchnummer 97 441), geb. am Montag, steht in Stellung von Januar bis Februar 1930 in Wöll in Bommern, wird um Angabe seines Aufenthalts an den Kassierer E. Waraunardt, Stettin, Grenatstraße 37, arbeiten.

Verammlungskalender

Gotha. Weithäufiger Sauerbeyer-Wanderverein am 14. u. 15. Sonntag, den 16. Juni, vormittags 10 Uhr, in „Waldpark“, zum „Waldpark“. Stettin. Bertram u. Luise Wittkowsky, den 11. Juni, abends 8 Uhr, in den „Zronadour-Sälen“, Birkenallee 34.

Anzeigenpreise: 15 Pf. die siebengefaltete Millimeterhöhe für Stellen-gesuche und -angebote sowie für Anzeigen kollegialer Herkunft (d. h. Verleins-, Fortbildungs- und Todesanzeigen); 50 Pf. für Anzeigen geschäftlicher Art

Der Ortsverein Wuer (Westfalen)

leiert am 12. Juli, ab 6 Uhr abends, in den Räumen von „Schloß Berge“ sein 25jähriges Bestehen verbunden mit dem gemeinsamen Johannisfest der Ortsvereine Wuer und „Wutenberg“ Gelsenkirchen. Die Kollegen der umliegenden Ortsvereine werden dazu freundlich eingeladen. Frühere Angehörige des Ortsvereins Wuer werden gebeten, ihre Adresse in senden an den Vorsitzenden G. Henrichel, Wuer i. W., Eiserne Straße 139.

Nordseebad Rühringen bei Wilhelmshaven

Das Bad, das Sie suchen Keine Kurkarte Nicht besser als daheim Alle hygienischen und Verkehreinrichtungen. Dampferverbindung nach Wangeroog, Helgoland usw. Werbeflyer kostenlos durch die Badeverwaltung. 1930

Wanderheim Oberkiesmühle

Das Freizeitanlage a. d. O. 1930 Wohllich im Walde am Teufelsee gelegen, angenehmer Ferienaufenthalt, gute Verpflegung, Pension 5 M. Frh. Schubar.

Schriftsetzer

Junger intelligenter Ehem. im Ehestand Gutes leistend, sucht geeignete Stellung. Angebot unter Nr. 635 an die Geschäftsstelle des „Kor.“.

Elektronkliches

scharfe Bildwiedergabe leichte Zurechtung hohe Druckfestigkeit Verlangen Sie Aufklärungsschrift und Lieferantennachweis durch Pyrophor-Metallgesellschaft A. G. Essen-Werden

Annahmeschluss: Montag und Donnerstag früh für die jeweilig nächst erscheinende Nummer. Anzeigenaufgaben für den „Korrespondent“ möglichst nur durch Einschaltung auf das Postfachkonto Berlin NW Nr. 268 10

Advertisement for Elektronkliches (Electrotyping) featuring a large stylized logo and text describing their services in typesetting and printing.

A collection of small advertisements for various organizations and individuals, including 'Kollegen', 'Amsonit', 'Typographisches Drucker', 'Freie Gedanken', and several 'Zeilenauftragwachen' (line order notices) for various clubs and societies.

Kreis: Dresden, Erfurt, Halle, Leipzig, Magdeburg der Drucker Deutschlands 2. Mitteldeutscher Druckertag in Halle a. d. S. am 16. und 17. August 1930

Verlag: Treuhänderverwaltung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, O. m. d. G., Berlin SW 61, Dreilindenstraße 5 • Verantwortlich für den gesamten Inhalt: Ratz Helmholz, Berlin SW 61, Dreilindenstraße 5. Annahmestelle für Anzeigen: Berlin SW 61, Dreilindenstraße 5 • Fernruf für den „Korrespondent“: Berlin, Amt Bergmannstr. 1191, 3141-3145 • Druck: Buchdruckwerkstätte, O. m. d. G., Berlin SW 61, Dreilindenstraße 5